

Besprechungen = Comptes rendus

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **67 (2017)**

Heft 2

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizergeschichte / Histoire suisse

Tobias Kaestli, **Nach Napoleon. Die Restauration, der Wiener Kongress und die Zukunft der Schweiz 1813–1815**, Baden: Hier und Jetzt, 2016 (Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern, Bd. 91), 220 Seiten.

Im vierfachen Jubiläumsjahr 2015 übertönte der Kriegslärm um die Schlacht von Morgarten (1315), die Eroberung des Aargaus (1415) und vor allem die Schlacht von Marignano (1515) die leiseren Töne zu den für die heutige Schweiz weit wichtigeren Schlüsseljahren 1813–1815. Vor 200 Jahren wurden die heute noch bestehenden äusseren und inneren Grenzen der Eidgenossenschaft (mit Ausnahme des Kantons Jura) und die Neutralität der Schweiz völkerrechtlich anerkannt. Immerhin brachten 2015 die meisten Medien fundierte Berichte; mehrere historische Vereine nahmen den Wiener Kongress in ihr Vortragsprogramm auf; das Landesmuseum in Prangins zeigte vom 13. März bis 13. September 2015 eine – im Vergleich zur opulenten Zürcher Marignano-Ausstellung – kleine, aber feine Sonderausstellung «La Suisse redessinée. De Napoléon au Congrès de Vienne» (Kuratorin: Nicole Staremberg). Zudem fanden einige wissenschaftliche Kolloquien oder Gedenkveranstaltungen statt: «Le Congrès de Vienne et le Canton de Vaud, 1813–1815» (27.–29. November 2014, Lausanne), «Zürich und der Wiener Kongress» (20. März 2015, Zürich), «Le monde et les neutres» (5. Juni 2015, Prangins), «Le Congrès de Vienne et les petits Etats» (18./19. Juni 2015, Freiburg). Die Schweiz und der Wiener Kongress waren auch Thema an zwei internationalen Kongressen in Wien anlässlich des 200. Jahrtages der Eröffnung und des Abschlusses des europäischen Friedenskongresses.

In diesen Rahmen gehört die hier zu besprechende Publikation, die aus dem Vortragszyklus des Historischen Vereins des Kantons Bern im Wintersemester 2014/15 hervorgegangen ist. In sieben Beiträgen wird diese Umbruchzeit von verschiedenen Seiten beleuchtet, wobei Bern beziehungsweise sein neu erworbener jurassischer Landesteil im Zentrum stehen.

Der Berner Ordinarius *André Holenstein* liefert mit seinem Beitrag unter dem Titel «Nach Napoleon. Die Grossmächte retten die Schweiz» die Klammer für die anderen Artikel. Er weist einleitend darauf hin, dass die Mächte entscheidend in die Neugestaltung einer in zwei Lager gespaltenen Eidgenossenschaft eingriffen. Die Weiterexistenz der Schweiz als europäischer Staat war zwar durch die Siegermächte nicht in Frage gestellt, weil «das Schicksal dieses interessanten Landes» (Zitat Metternich) im Interesse der Grossmächte lag. Der Autor unterteilt die «zwei turbulenten Jahre», die oft als Einheit unter dem vereinfachenden Etikett «Wiener Kongress» abgehandelt werden, in vier Perioden und kann so die teilweise dramatischen Ereignisse und Wendungen in ihrer Abfolge und Verschränkungen nachzeichnen. Er deutet die sehr frühe Neutralitätserklärung der Tagsatzung vom 18. November 1813 als «Instrument der Schwachen» und bringt die darauffolgende unwirsche Reaktion Metternichs vom 21. Dezember 1813 im Wortlaut. Daraus geht klar hervor, dass die wieder auferstandene Neutralität

anfänglich gar nicht im Interesse der Grossmächte lag und von diesen der Eidgenossenschaft nicht auferlegt wurde, wie dies 2015 gelegentlich behauptet wurde. Zu Recht relativiert Holenstein die oft überschätzte Bedeutung des Wiener Kongresses mit dem Hinweis, dass mit Annahme des Bundesvertrags und der Aufnahme Genfs, Neuenburgs und des Wallis als neue Kantone in den Bund kurz vor Beginn des Wiener Kongresses (9. und 12. September 1814) die wichtigsten Erwartungen der Siegermächte bereits erfüllt waren und in Wien selber nur die noch ungelösten Schweizer Fragen geregelt wurden.

François Charles Pictet stellt in seinem Beitrag die Loslösung der Stadt Genf von Frankreich nach der «Befreiung durch Österreich» (sic!), die Wiederherstellung der Republik, Grenzfragen und schliesslich den Eintritt Genfs als gleichberechtigten Stand in die Eidgenossenschaft vor. Im Zentrum stehen die politisch überragende Person von Charles Pictet de Rochement und seine diplomatischen Missionen nach Paris und Wien. Die zweite Pariser Mission nach der Niederlage Napoleons in Waterloo war besonders erfolgreich: Pictet de Rochement erreichte die völkerrechtliche Anerkennung der Schweizer Neutralität (20. November 1815) und die territoriale Verbindung des neuen Kantons mit dem Rest der Schweiz, welche Genf in Wien noch nicht erhalten hatte.

Der Beitrag «Erfolgreich verhandeln» von *Peter Lehmann* schildert die Genfer und Berner Gesandtschaften am Wiener Kongress, dessen Arbeitsweise er skizziert. Die Erfolge der beiden Delegationen waren umgekehrt proportional zu ihrem Auftreten: Während die grosse und glanzvolle Genfer Delegation mit fast leeren Händen zurückkehrte, erhielt der Kanton Bern als einziger eidgenössischer Stand umfangreiche territoriale Kompensationen und dazu noch viel Geld. Er war somit der eigentliche «Siegerkanton» am Wiener Kongress, auch wenn der depressive Berner Vertreter Ludwig Zeerleder nicht dieser Ansicht war und die bernische Historiographie das bis heute nicht so sieht. Lehmann führt dieses erstaunliche Resultat nicht auf das Verhandlungsgeschick der Delegierten, sondern auf die Interessen der Grossmächte und die allgemeine Machtlosigkeit aller «mindermächtigen Staaten» zurück.

Jean-Claude Rebetez stellt das Schicksal des Fürstbistums Basel vom Ancien Régime bis zur Integration in die Eidgenossenschaft und den Anschluss an die Kantone Bern und Basel (Birseck) vor: Er thematisiert die Verwaltung des «herrenlosen Landes» im Auftrag der Alliierten durch den Arlesheimer Freiherr von Andlau-Birseck, den Widerstand im Süden gegen den Generalgouverneur, die Bemühungen der adligen Elite im katholischen Nordjura zur Schaffung eines neuen Kantons, die Mission der zweiköpfigen jurassischen Delegation an den Wiener Kongress (die nicht so erfolglos war: sie rang mit Unterstützung der alliierten Minister den neuen Landesherren viele Konzessionen ab) und den Übergang des Landes an den Kanton Bern. Rebetez sieht im Fehlen einer staatlichen Struktur und der innerjurassischen Zerstrittenheit den Grund dafür, dass die Grossmächte keinen eigenen Kanton schaffen wollten und den militärischen Schutz der Jurapässe lieber dem mächtigen Bern übertrugen.

Der Gegenspielerin von Generalgouverneur Andlau im Süden, der Stadt Biel, widmet *Tobias Kästli* seinen Beitrag «Restauration des Ratsherrenregiments und Integration der Stadt Biel in den Kanton Bern». Zwar bestand die Bieler Elite nach dem Ende der französischen Herrschaft auch aus «durchaus modern denkenden Männern», aber letztlich dachten «sie weiterhin in alteidgenössischen Kategorien» und wollten das wieder selbstständige Biel als eigenen Kanton in die

Eidgenossenschaft führen. Wie seine nordjurassischen Kollegen war darin auch Biels Gesandter am Wiener Kongress, Georg Friedrich Heilmann, erfolglos. Bemerkenswert sind die beiden Bieler Missionen im Januar 1814 zu den Alliierten. Schon am 12. Januar 1814 erklärte der österreichische Feldmarschall Schwarzenberg die Stadt Biel als zur Schweiz gehörig. Das heisst, dass schon sehr früh, früher als oft angenommen, vermutlich seit dem Treffen der drei Monarchen in Freiburg im Breisgau und in Basel um die Jahreswende 1813/14, die Wiederherstellung der Schweiz und eine neue Westgrenze für die alliierten Grossmächte bereits beschlossene Sache war.

Zwei Beiträge wenden sich kulturhistorischen Themen zu: den Nationaldenkmälern der Restauration und dem öffentlichen Bauen in Bern um 1815. *Valentine von Fellenberg* widmet sich dem Denkmal in der Steiger-Kapelle im Berner Münster und dem Luzerner Löwendenkmal zum Gedenken an die in den Tuileries am 10. August 1792 niedergemetzelte Schweizer Garde. Ebenso schildert sie die wenig bekannte Ehrung der Überlebenden von 1792 durch die Tagsatzung um 1817. Im Berner Denkmalkomplex, das neben den Tafeln mit den Namen der 702 Gefallenen auch ein Denkmal für den letzten Schultheiss des Alten Bern, Niklaus Friedrich von Steiger, und eine katholisch anmutende Pietà von 1871 umfasst, sieht die Autorin einen «der aussagekräftigsten Zeugen zur Veranschaulichung (...) der Schweizer Restauration». Während das damals politisch umstrittene Berner Denkmal mit dem schwindenden Interesse am historischen Kontext weitgehend vergessen ging, wandelte sich das Löwendenkmal, als «schönstes Monument der Schweiz», zum Touristenmagnet. *Dieter Schnell* weist anhand der Baukommissionsprotokolle nach, dass im Kanton Bern 1815 aus Geldmangel nur wenige Objekte gebaut wurden und dies noch sehr kostengünstig. Erst in den folgenden Jahren wurde wieder gebaut – noch im Stil des Ancien Régime. Neu hingegen war bei der Bauvergabe das Konkurrenzverfahren, quasi der Vorläufer des modernen Architekturwettbewerbs.

Die publizierte Vortragsreihe ist ein wertvoller Beitrag zur Erhellung der «Schlüsselzeit» 1813–1815, in der nach 1798 und 1803 einige fundamentale Ecksteine für die moderne Schweiz gelegt wurden. Sie bekräftigt Bekanntes, bringt aber auch neue Einsichten, so etwa die Rolle von kleinen Staatsgebilden wie Genf, Biel oder des Fürstbistums Basel im Poker der Siegermächte um die Zukunft einer politisch-militärisch gestärkten sowie im Innern stabilisierten Schweiz. Eine grosse Forschungslücke bleibt aber weiterhin bestehen: Die Rolle der Schweiz auf dem Wiener Kongress, vor allem die Verhandlungen der Grossmächte untereinander und in Interaktion mit den Schweizer Vertretern, ist erst lückenhaft bekannt und verdient eine gründliche Aufarbeitung.

Marco Jorio, Rufenacht

Dorothea Steiner, **Dem fremden kleinen Gast ein Plätzlein decken. Julie Bikle und die Beherbergung deutscher Kinder in der Schweiz, 1919–1924**, Zürich: Chronos Verlag, 2016, 153 Seiten, 34 Abbildungen.

Der Titel dieser Monografie ist ein Zitat aus der Korrespondenz Julie Bikles, die nach dem Ersten Weltkrieg ein Kinderhilfswerk initiierte und insgesamt 47'000 unterernährte deutsche Kinder zur Erholung in die Schweiz holte. Die Autorin des hier angezeigten Buches, Dorothea Steiner, arbeitete vor allem mit dem Nachlass der Winterthurerin Bikle, der sich in der dortigen Stadtbibliothek befindet. Die Protagonistin, die noch während der dreissiger Jahre des vorigen Jahr-

hunderts zu den populären Persönlichkeiten zählte, ist wie die meisten Kinderhelferinnen in Vergessenheit geraten. Dank der lokalen historischen Forschung wurde jedoch 2008 eine Strasse in Winterthur nach ihr benannt.

Die Aktivistin Julie Bikle (1871–1962) gründete gleich nach Kriegsbeginn 1914 mit einigen freiwilligen Helferinnen eine erfolgreiche *Ermittlungsstelle für Vermisste*. Sie unterstützte auch Gefangene mit Nahrungsmitteln und Kleidung. Um die Wartezeiten für die Briefe bei den Zensurstellen zu beschleunigen, übersetzte sie Gefangenenkorrespondenz in die jeweilige Landessprache. Julie Bikle engagierte sich ebenfalls beim Austausch von Schwerverwundeten, deren Transporte durch die Schweiz sie begleitete. Weil die Familie Bikle aus Süddeutschland stammte, interessierte sich die Tochter Julie für das Schicksal der deutschen Soldaten. Aus den Korrespondenzübersetzungen und dem eigenen Briefverkehr wurde sie über die katastrophalen Folgen der Hungersnot in Deutschland informiert, die nicht zuletzt durch die alliierte Seeblockade verursacht wurde. Sie appellierte in Flugblättern an die Schweizer Behörden und Bevölkerung, den leidenden Nachbarn zu helfen.

Julie Bikle ergriff erneut die Initiative, als sie im März 1919 die Inserate von Emil Abderhalden las. Der Schweizer Arzt und Professor für Physiologie in Halle suchte Unterstützung für hungernde und kranke deutsche Kinder. Julie Bikle begann Pflegeplätze bei Familien und in Heimen zu suchen und baute das *Hilfswerk Abderhalden Kinder* auf. Ab Herbst 1919 reisten unterernährte Kinder zur Erholung in die Ostschweiz, zuerst für sechs, später für acht Wochen. Anfänglich wurde noch Geld für die tuberkulösen Kinder gesammelt, um sie in Sanatorien zur Kur schicken zu können. Weil die paar Wochen zu deren Genesung nicht ausreichten, konzentrierte sich Bikle dann auf die Ferienaufenthalte. Abderhalden wählte gefährdete 6- bis 14-jährige, später 5- bis 13-jährige aus ganz Deutschland aus. Die Ferienkinder durften unter keinen ansteckenden Krankheiten leiden und mussten «brav» sein. Die Pflegefamilien konnten ihre Vorstellungen über das Kindergeschlecht und Alter einbringen; das führte dazu, dass zwei Drittel der Pflegekinder Mädchen und nur ein Drittel Knaben waren. In den *Kinderzügen* reisten ein- oder zweimal monatlich 400 bis 800 Ferienkinder ein und aus.

Ab Februar 1920 wurde die erschöpfte Julie Bikle, die das Hilfswerk alleine organisierte, entlastet. Fortan wirkte sie als Sekretärin der *Winterthurer Hilfsaktion*, also des lokalen Ablegers, allerdings neben ihrer Brotarbeit im Familienhandel mit Furnierhölzern. Im Oktober 1920 wurde Julie Bikle zur Leiterin der *Schweizer Fürsorge für deutsche Kinder* gewählt, sodass sie ihre Kompetenzen in der ganzen Schweiz einbringen konnte. In all ihren Funktionen arbeitete sie eng mit Emil Abderhalden (1877–1950) zusammen, der für die deutsche *Zentrale für die Kinderunterbringung* verantwortlich war.

Die politischen Unruhen, die schwierige Wirtschaftslage und die galoppierende Inflation in der Weimarer Republik spitzten sich nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch Franzosen und Belgier Anfang 1923 zu. Dank einer Sympathiewelle für das gebeutelte Nachbarland konnten nun mehr hungernde deutsche Kinder in die Schweiz einreisen als zuvor. Um die Hilfsaktionen besser koordinieren zu können, führte man sie im *Schweizer Hilfskomitee* zusammen, mit der Zentrale in Bern, die direkt dem Bundesrat unterstellt war. Julie Bikle wurde als Leiterin des *Büros Ostschweiz* angestellt. Trotz der Bürokratisierung ihrer Tätigkeiten gelang es ihr, eine grossangelegte Sammlung durchzuführen, die Geld- und Sachspenden im Wert von etwa 60'000 Franken einbrachte (was heute ca. 1,2 Mio

Franken entspräche). Vom März 1923 bis Ende 1924 erholten sich ungefähr 12'000 deutsche Kinder in der Schweiz.

Nach Abschluss der Kinderhilfsaktion litt Julie Bikle unter der Einsamkeit, gesundheitlichen Problemen und der zunehmenden finanziellen Not, die sich während der Wirtschaftskrise in den dreissiger Jahren verschärfte. Dreimal versuchte man, Julie Bikle für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen (1935–1937). Als eine politisch denkende Frau engagierte sie sich nun für die bedrohten Juden, die von Schweizer Familien oder in den *Häusern der Menschlichkeit* aufgenommen werden sollten. In ihrem Mietshaus wurde Ende 1940 eine *Städtische Krankenstation für polnische Studenten* eingerichtet. Im Juli 1944 appellierte sie an Adolf Hitler, mit allen Gewaltakten aufzuhören. Über ihre letzten Jahre ist nicht viel bekannt.

Die Autorin charakterisiert die Kinderhilfsaktionen als einen Teil der Frauengeschichte. Ein qualifiziertes Vorwort von Bernd Haunfelder, das die schweizerische Hilfe für die deutschen Kinder nach den beiden Weltkriegen einem Vergleich unterzieht, ergänzt den Band. *Helena Kanyar Becker, Basel*

Erich Keller, **Bürger und Juden. Die Familie Wyler-Bloch in Zürich 1880–1954. Biografie als Erinnerungsraum**, Zürich: Chronos Verlag, 2015 (Veröffentlichungen des Archivs für Zeitgeschichte des Instituts für Geschichte der ETH Zürich, Bd. 9), 386 Seiten, 43 Abbildungen.

Die Biografie der Familie Wyler-Bloch führt in einer doppelten Bewegung, zunächst dem Lebensweg von Martin Bloch und danach demjenigen seines Schwiegersohns Hugo Wyler entlang, durch ein bewegtes Stück Schweizer Geschichte. Dabei werden drei verschiedene, sich ergänzende Blickwinkel eingenommen: das biografische Narrativ der Einzelpersonen, dessen historiographische Konkretisierung, die dann wiederum mit dem Archiv als Erinnerungsraum kontrastiert wird. Das Familienarchiv als Grundlage der historischen Forschung wird als komplexes Netz verstanden, dessen Lücken ebenso konstruktiv genutzt werden wie die Knoten. Gleichzeitig wird das aktive Eingreifen der Protagonisten in den Bestand des Archivs offengelegt. Dadurch kann die Selbstversicherung der beiden Männer und ihre eigene Verortung in Schweizertum, Bürgertum und Judentum nachvollzogen werden. Ein Beispiel ist die genealogische Forschung, 1935 von Hugo Wyler in Auftrag gegeben. Sie zeigt, dass seine Familie über fünf Generationen in Endingen (AG) gelebt hat. Damit fordert sie in einer Zeit des aufkommenden Antisemitismus Zugehörigkeit ein. Die Genealogie zeigt aber auch etwas Anderes: nur Männer und nur die Linie der Familie Wyler. Aus der Familie Bloch ist nur Trudy vertreten. Eine spannende Beobachtung mit Blick auf den von Keller dargestellten hybriden Entwurf von Identität, zu der auch das Judentum gehört, dessen Zugehörigkeit matrilinear weitergegeben wird.

Dem Zugang zur Familienbiografie sind Grenzen gesetzt, die in dieser Arbeit auf überzeugende Weise bewusst sichtbar gemacht werden. Das Quellenkorpus des Familienarchivs wurde durch seine Protagonisten erstellt und verändert, zugleich weist es Lücken auf. Dem wird durch das Heranziehen literarischer Quellen, besonders für die Zeit des Zweiten Weltkriegs, entgegengetreten. Auffallend ist darüber hinaus der zeitliche Fokus, den Keller für seine Darstellung wählt. Sie blendet da ab, wo die männlichen Vertreter sich zurückziehen. Damit übernimmt Keller, gewollt oder nicht, die genealogische Selbstverortung Hugo Wylers, in der seine Frau Trudy nur eine Nebenrolle spielt.

Der Begriff der «Generation 1900» eröffnet eine Kategorie, welche die beiden Schwiegerväter Josef Wyler und Martin Bloch beschreibt. Nachdem die Schweiz spät die rechtliche Gleichstellung der Juden und auch ihre Kulturfreiheit garantierte, ist es die «Generation 1900», die als erste in die bürgerliche Welt eintreten kann.

Trotz der Quantität sind die Quellen zu Martin Blochs Biografie lückenhaft, dies wird aber nicht als Defizit, sondern als Teil des Selbstentwurfs verstanden. Er träumt von einer Karriere in der helvetischen Trias von Militär, Politik und Wirtschaft. Die Familie erhält nach einigen Bemühungen das Schweizer Bürgerrecht, was Martin Bloch eine Karriere als Anwalt ermöglicht. Beruflich und sozial gelingt ihm der Aufstieg. Er wird Mitglied verschiedener Vereine der jüdischen bürgerlichen Gesellschaftskreise Zürichs. Martin Bloch will seinem Land in der Politik dienen, erreicht dieses Ziel aber nie. Obwohl für ihn die Religion höchstens als philosophische Grösse wichtig ist, engagiert er sich in der *Israelitischen Cultusgemeinde Zürich* (ICZ). Es gelingt Keller dank biografischer Detektivarbeit, jüdische Interdiskurse und die bürgerliche Selbstpositionierung der Juden in der Schweiz aufzuzeigen, beispielsweise die Zurückhaltung ostjüdischen Hausierern oder dem Zionismus gegenüber. In der Schweiz ist Patriotismus zur Aufgabe geworden, besonders für die Juden. Trotz der Zionistenkongresse in Zürich (1929 und 1937) ist klar, dass man Palästina auf keinen Fall so fördern will, dass es der Schweiz oder den jüdischen Schweizern schaden könnte.

1933 nimmt Martin Bloch die Einladung der *Neuen Helvetischen Gesellschaft* an, um dort zu referieren. An diesem Abend kommt es zu frontistischen und antisemitischen Agitationen, als Folge davon muss Bloch von seinen Ämtern in der Gemeinde zurücktreten. Das gemeinsam mit seinem Schwiegersohn geführte Anwaltsbüro wird 1942 aufgelöst, fortan arbeitet er in seiner Wohnung. Diese dient ihm und seiner Frau für die nächsten 20 Jahre als Refugium.

Zu Hugo Wyler sind weniger Quellen erhalten als zu Martin Bloch, sie vermögen aber aufzuzeigen, wie er in das bürgerliche Männerbild der Zeit hineinwächst: Nach dem Erlangen des Handelsdiploms und der Matura studiert er Rechtswissenschaften. Im Ersten Weltkrieg absolviert er 200 Aktivdiensttage. Seine zukünftige Frau, Trudy Bloch, bekommt eine «weibliche» Ausbildung. Sie nutzt aber die Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten, die der aufkommende Zionismus bietet. Die Beziehung der beiden wird von den Schwiegervätern unterstützt und Hugo Wyler tritt in die Kanzlei von Martin Bloch ein.

Der Zweite Weltkrieg nimmt im Familienarchiv nicht viel Platz ein. Die Situation des jüdischen Soldaten im Aktivdienst schildert Keller daher anhand der Biografie Kurt Guggenheims. Nach dem Krieg scheint die bürgerliche Welt am Ende. In der Schweiz gibt es aber keine «Stunde Null» und keine kritische Auseinandersetzung – die geistige Landesverteidigung wird mehr oder weniger nahtlos vom Kalten Krieg abgelöst.

Die Familienbiografie blendet hier ab. Aber in dem Moment, als die Männer von der Bildfläche verschwinden, engagiert sich Trudy Wyler immer tatkräftiger in der zionistischen Kulturarbeit. Während die Rückschauen ihres Vaters und ihres Mannes eine Schweizergeschichte, eine Geschichte von Juden in der Diaspora abbilden, ist ihr Erinnerungsraum die Kultur des Judentums. Für sie wird Israel, das die Schweiz nur zögernd als Staat anerkennt, zum freiwillig gewählten Erinnerungs- und Identifikationswert.

Mit diesem Buch eröffnet Keller eine geschichtswissenschaftliche Herangehensweise an Familienarchive, die durch das Beiziehen und die Interpretation von zusätzlichen literarischen, filmischen und bildlichen Quellen und durch die zyklische Erzählstruktur zu einer neuen Darstellungs- und Erkenntnisform führt.

Catrina Langenegger, Basel

Anna Joss, **Anhäufen, Forschen, Erhalten. Die Sammlungsgeschichte des Schweizerischen Nationalmuseums 1899 bis 2007**, Baden: Hier und Jetzt, 2016, 312 Seiten, 50 Abbildungen.

Anna Joss hat eine kluge, kenntnisreiche und leidenschaftliche Geschichte der musealen Arbeit am *Schweizerischen Nationalmuseum* (1889–2007) vorgelegt. Sie ist das Ergebnis ihrer an der *Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich* angesiedelten Dissertation.

Die Autorin fasst unter dem Begriff «Sammeln» alle Tätigkeiten im direkten Umgang mit der Sammlung, angefangen vom «Kaufen, Schenken, Aufbewahren, Ausleihen, Weggeben» bis zum «Ausstellen und Einlagern» (S. 17). Damit erweitert sie den Blick von Museumsforschungen, die sich hauptsächlich für die Ausstellungspraxis interessieren. Anders als es der Untertitel des Buches vermuten lässt, geht es hier also weniger um die Geschichte der Sammlung als um die Geschichte des Sammelns in diesem umfassenden Sinn. Die damit verbundenen Fragen nach den Akteuren, ihren sich wandelnden Beweggründen, Ansprüchen und Vorstellungen, die sich in der Museumspraxis materialisierten, bettet Joss in übergeordnete Fragen nach den jeweiligen sozialen, politischen, ökonomischen und wissenschaftsgeschichtlichen Kontexten ein.

Dieses komplexe Erkenntnisinteresse moderiert die Autorin, indem sie die grossen Linien der Geschichte der musealen Arbeit in den Blick nimmt. Drei Leitbegriffe strukturieren ihre Darstellung thematisch und chronologisch: «Anhäufen» (1900er–1920er Jahre), «Forschen» (1930er–1960er Jahre) und «Erhalten» (1970er–2000er Jahre) stehen für die Titel der drei aufeinander folgenden Kapitel und verweisen zugleich auf die Schwerpunkte der jeweiligen Sammlungspraktiken.

Der mengenmässige Erwerb erfüllte während der ersten zwei Jahrzehnte nach der Museumsgründung die Funktion der institutionellen Festigung bis es Ende der 1920er Jahre zu einer Zäsur kam (vgl. S. 83). Nicht mehr das «Anhäufen», so der Titel des ersten Kapitels, sondern die Beschränkung der Erwerbstätigkeit wurde dann legitim. Gleichzeitig lösten sich die «Museumsbehörden» vom Anspruch, die Sammlungstücke vollständig zeigen zu wollen. In der Folge wurden Depots und Studiensammlungen eingerichtet.

Anna Joss beleuchtet im zweiten Kapitel das «Forschen» als bedeutsame Tätigkeit im Zeitraum von 1930 bis 1970. Das neue Interesse an der historisch-genealogischen Dimension der Objekte und am Materialzustand erklärt sie als Folge veränderter Handelsbeziehungen und der Professionalisierung des Kunstmarktes in den 1930er Jahren. Diese Entwicklung war zugleich mit späteren institutionellen Bemühungen um eine neue Legitimation als nationale Forschungsanstalt innerhalb der schweizerischen Museumslandschaft verbunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg hielt die naturwissenschaftlich ausgerichtete Forschungsarbeit Einzug im Museum. Die gezielten Investitionen in wissenschaftliche Infrastruktur folgten internationalen Trends arbeitsteiliger Spezialisierung, der Etablierung von Grundlagenforschung und der Professionalisierung der Untersuchungs-

methoden, insbesondere im Bereich der Restaurierung und Konservierung (vgl. S. 133, 141f.).

Im dritten Kapitel geht es um die grundlegenden Neuerungen der Museumsarbeit seit den 1970er Jahren bis in die 2000er Jahre: Gegenwartsbezogene erlebnisorientierte Ausstellungsarbeit, so lautete die Antwort auf die neue Herausforderung, wie «historisches Wissen» fortwährend lebendig zu «erhalten» sei (S. 160). Das Ausstellen avancierte neben den Bemühungen um den materiellen Erhalt der Sammlungen zu den wichtigsten Feldern der musealen Arbeit. Die neue Orientierung an einer publikumsbezogenen Museumsarbeit ging mit der Vervielfältigung der Formen der Wissensvermittlung und der durch die Einrichtung von Zweigstellen im gesamten schweizerischen Raum erweiterten Präsenz einher. Nicht mehr die kunsthistorisch informierte Stil- und Gattungslehre leitete die Museumsarbeit, sondern die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts.

Joss will die Leistung ihrer Arbeit als ergänzenden und differenzierenden Beitrag zur bisher vernachlässigten Geschichte der Praktiken musealer Arbeit verstanden wissen. Dies ist ihr grossartig gelungen. Ihre Studie reiht sich in einen Forschungstrend ein, der das Depot als Ort begreift, an dem Innovationen generiert werden und Deutungsmacht verhandelt wird. Sie macht diese Dynamiken sichtbar und konterkariert so das museumskritische Klischee der stagnierenden, absterbenden Institution. Überzeugend revidiert sie auch die museumstheoretische Annahme vom Museum als «ökonomiefreie Zone» (S. 81). Sie beleuchtet das Museum unter diesem Aspekt beispielsweise als Akteur auf dem Kunstmarkt im 20. Jahrhundert und thematisiert die Handelsbeziehungen des Landesmuseums mit dem «Schweizer Händler des ›Dritten Reiches‹ par excellence» (S. 130). So erweitert sie die Forschung zur neueren und neusten Geschichte des Museums um einen wichtigen Aspekt, der bereits für die Gründungsphase (1883–1902) bearbeitet wurde.¹

Die Autorin rekonstruiert diese Entwicklungen überzeugend, indem sie eine Vielzahl unterschiedlicher Quellengattungen kombiniert; neben Inventarbüchern und Objektdatenbanken, schriftlichen Quellen des Museums- und Bundesarchivs, bezieht sie auch Objektbiografien sowie ethnografisches Material und Leitfadenterviews in ihre Untersuchung ein. Durch ihre praxeologisch ausgerichtete historische Arbeit gibt Joss wertvolle Impulse für die museumshistorische Forschung und durch ihre historisch-vergleichende Perspektive Anregungen für die gegenwartsbezogene kulturwissenschaftliche Museumsforschung. Ihre Arbeit birgt darüber hinaus ein grosses Potenzial für weiterführende Forschungen sowie Denkanstösse für die Museumspraxis.

Joss leitet ihre Forschungsperspektive aus Ansätzen der historischen Wissenschaftsgeschichte her. Ihr Zugang schliesst zudem an Forschungen der jüngeren Mikrogeschichte und historischen Anthropologie an, die in Abgrenzung zu semiotischen Ansätzen das kreative Potential von Sammelpraktiken betonen (vgl. S. 20–24).

Mit ihrem Ansatz grenzt sich Anna Joss dezidiert von einem Forschungstrend ab, der Museumsgeschichte als Nationalgeschichte denkt und dadurch mitkonst-

1 Vgl. Chantal Lafontant Vallotton, *Entre le musée et le marché*. Heinrich Angst: collectionneur, marchand et premier directeur du Musée national suisse, Bern 2007.

ruiert (S. 16). Die starke Kontextualisierung und Relativierung des Nationalen ermöglicht einerseits konkretere und differenziertere Einsichten in die Sammlungsgeschichte des Museums. Sie birgt jedoch gerade in dem von ihr gewählten Fall des Schweizerischen Nationalmuseums die Gefahr, wesentliche Denkkategorien der Museumsarbeit und deren «kulturpolitische Priorität» (S. 237) aus dem Blick zu verlieren. Eine moderatere perspektivische Verschiebung, die den Referenzraum des Nationalen in der Analyse des Wandels der musealen (Wissens-) Praktiken konsequenter berücksichtigte, würde es ermöglichen, dem von der Autorin formulierten Anspruch – «allgemeine Schlüsse zur Geschichte der Nationalmuseen im 20. Jahrhundert» zu ziehen und verschiedene Dimensionen von Geschichtlichkeit herauszuarbeiten (S. 12, 245f.) – noch grundlegender zu entsprechen.

Anna Joss ist es gelungen, ein sehr verständliches und anschauliches Buch zu verfassen. Dazu tragen auch der klare Aufbau, die Textgestaltung und die zahlreichen Fotografien bei. Die Autorin führt das interessierte Laien- sowie das sachkundige Fachpublikum durch ihr Werk, ohne es zu überfordern.

Das Buch ist eine wertvolle Ergänzung museumshistorischer wie -analytischer Arbeiten und füllt durch seine innovative Perspektive eine klaffende Lücke in der Forschungsliteratur. *Anja Früh, Universität Freiburg – Fribourg*

Jean Solchany, **Wilhelm Röpke, l'autre Hayek. Aux origines du néolibéralisme**, Paris: Publications de la Sorbonne, 2015, 572 Seiten.

In den letzten Jahren sind auf internationaler akademischer Ebene vermehrt Bücher und Artikel erschienen, die sich mit der 1947 in der Schweiz gegründeten neoliberalen Mont Pèlerin Society und ihren Akteuren befassen. Zu den Urhebern der Gesellschaft gehörte der Gründer des Instituts für internationale Beziehungen in Genf, William Rappard, sowie mehrere Professoren des Instituts. Somit besteht unterdessen eine beachtliche internationale Literaturlandschaft zur neoliberalen Bewegung der Nachkriegszeit, welche die Schweizer Geschichte betrifft, teilweise auf Archivarbeit in der Schweiz beruht und in der Schweizer Geschichte rezipiert werden sollte. Insbesondere zu nennen sind hier Angus Burgins preisgekröntes Buch *The great persuasion* (Harvard University Press, 2012) sowie Quinn Slobodians Artikel *The world economy and the color line* (German Historical Institute Bulletin, Supplement 10, 2014, S. 61–87). Burgin hat intensiv mit dem Nachlass William Rappards im Bundesarchiv gearbeitet, Slobodian zu Wilhelm Röpkes Pro-Apartheid Vortrag in Zürich und die Kritik daran in der Neuen Zürcher Zeitung. Hier soll nun aber auf Jean Solchany's grandiose Studie über Wilhelm Röpke hingewiesen werden, die sehr viel mehr ist als eine Biografie. Seit Jahren hat sich der französische Historiker der Universität Lyon mit dem deutschen Ökonomen und Sozialphilosophen Wilhelm Röpke (1899–1966) befasst, der von 1937 bis zu seinem Tod am Institut für internationale Beziehungen in Genf lehrte, ab den 1940er Jahren praktisch zum Redaktorenstab der *Neuen Zürcher Zeitung* gehörte und sämtliche Bücher seines Spätwerks beim kleinen Schweizer Verlag Eugen Rentsch publizierte. Eigentlich Spezialist für die Deutsche Geschichte der Nachkriegszeit, hat sich Solchany über seine Beschäftigung mit Röpke minutiös in die Schweizer Geschichte eingelezen. Er hat eine Studie der Schweiz der Kriegs- und Nachkriegszeit verfasst, die mit Leichtigkeit den aktuellen Stand der deutsch- und französischsprachigen Arbeiten der Schweizer Geschichte zur Grundlage nimmt. Dank vermutlich erstmals geschicht-

teten extensiven Materials aus dem Nachlass Wilhelm Röpkes in Köln hat Solchany die Geschichte der Geistigen Landesverteidigung in der Schweiz bedeutend erweitert. Röpke, zu Beginn der 1920er Jahre der jüngste Ökonomeprofessor Deutschlands, war nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nach Istanbul emigriert und von dort von William Rappard nach Genf geholt worden. Während etwa sein Kollege Ludwig von Mises 1940 weiter in die USA zog, blieb Röpke in der Schweiz und sollte in der Folge zu einer bedeutenden und wohlbekannten Figur der Geistigen Landesverteidigung werden, wie etwa ein Porträt in der *Schweizer Illustrierten* von 1942 aufzeigt. Ebenfalls über die Figur Röpkes, jedoch weit über dessen Person und ihre faktische Begrenzung auf die Schweiz während des Krieges hinaus, hat der Autor eine intellektuelle Geschichte des frühen Neokonservatismus geschrieben. Er hat damit die klassische ökonomiegeschichtliche Exegese von Röpkes Werk als Teil der ordoliberalen Freiburger Schule der Nationalökonomie bedeutend erweitert und Röpkes Spätwerk nicht nur auf Walter Sombart und seine Thesen der «Vermassung», sondern auch auf Jacob Burckhardt zurückgeführt. Dessen Thesen erhielten gegen Ende der 1930er Jahre erneut Aufmerksamkeit. Während Burckhardts *Weltgeschichtliche Betrachtungen* von 1905 in den USA 1943 in englischer Übersetzung erschienen, publizierte Röpke in der Schweiz mit seiner neueren Version des Burckhardt'schen Kulturpessimismus *Gesellschaftskrisis der Gegenwart* 1942 einen Bestseller und ein Hauptwerk der Geistigen Landesverteidigung. Über Röpkes Hinübergleiten vom Neo- oder Ordoliberalismus zum Neokonservatismus erfolgt denn auch die Einschätzung seiner Bedeutung für die Schweizer Geschichte. Dem aktuellen Stand der Schweizer Geschichte über die diskursive Rolle der Landwirtschaft für den nationalen Zusammenhalt weit voraus, zeichnet Solchany differenziert das fragile Kräfteverhältnis zwischen den Vertretern der organisierten Schweizer Landwirtschaft sowie der sich herausbildenden Bewegung intellektuell-neokonservativer Akademiker wie Wilhelm Röpke nach. Letztere betonten den kulturellen und soziologischen Wert der bäuerlichen Kultur. Der Schweizerische Bauernverband befand sich während des Zweiten Weltkriegs auf dem Höhepunkt seines Einflusses und beschäftigte sich hauptsächlich mit Produktionssteigerung und Landesversorgung. Für den Bauernführer Ernst Laur, mit dem Röpke in einem zwar freundschaftlichen, aber nicht übereinstimmenden Kontakt stand, war Röpke Geschenk und Gefahr zugleich. Unermüdlich schrieb der deutsche Ökonom zwar gegen Verstädterung und «Vermassung» an und stellte den bäuerlichen Familienbetrieb als Kern einer gesunden und nachhaltigen Gesellschaft aufs Podest. Aber doch war Röpke ein bekannter Vertreter des Freihandels und Gegner jeglicher planwirtschaftlicher Massnahmen. Im Hinblick auf die Nachkriegszeit hat Röpke den Schweizer Bauern mit seiner anti-modernistischen Eloge auf den bäuerlichen Familienbetrieb und die Schweiz als Land der bäuerlichen Familienbetriebe sicher einen Dienst erwiesen. Damit hat Röpke nicht nur einen Beitrag zur Geistigen Landesverteidigung während des Krieges geleistet, sondern auch den intellektuellen Weg geebnet für den ausserordentlichen Schweizerischen Agrarprotektionismus der Nachkriegszeit, der in der Folge des eidgenössischen Landwirtschaftsgesetzes von 1952 aufgebaut und vom ideologisch gefärbten Idealbild des Schweizer Bauern alimentiert werden sollte. Gerade anhand Röpkes Affinität zur Landwirtschaft zeigte sich sein Neokonservatismus, der schliesslich zu seinem Austritt aus der von ihm mitgegründeten Mont Pèlerin Society 1962 führen sollte. Gut hat Solchany seine

monumentale Arbeit in seiner Muttersprache Französisch niedergeschrieben, in wunderschöner wissenschaftlicher Prosa. *Andrea Franc, Basel*

Marco Leuenberger, Loretta Seglias: **Geprägt fürs Leben – Lebenwelten fremdplatzierter Kinder in der Schweiz im 20. Jahrhundert**, Zürich: Chronos, 2015, 418 Seiten.

Verdingkinder, Heimkinder: Ihre Geschichte wurde in jüngerer Zeit zu einem wichtigen Aspekt der ländlichen Sozialgeschichte der Schweiz. In diesem Kontext müssen auch die Arbeiten von Loretta Seglias und Marco Leuenberger gesehen werden, die mit verschiedenen Publikationen einen wesentlichen Anteil an der Aufarbeitung dieser bis jetzt noch wenig ausgeleuchteten Aspekte der jüngeren Schweizer Geschichte leisteten. Auch ihre Dissertation mit dem Titel *Geprägt fürs Leben. Lebenswelten fremdplatzierter Kinder in der Schweiz im 20. Jahrhundert* hat diese Thematik zum Inhalt. In einem grossen historischen Bogen – und das ist das eigentlich Neue an dieser Publikation – wird die Entwicklung der Aufsicht und der gesetzlichen Regelwerke sowie deren Umsetzung im Zusammenhang mit Fremdplatzierungen geschildert. Dabei werden auch die sich verändernden rechtlichen Rahmenbedingungen nicht nur in der Schweiz, sondern auch in den Nachbarländern – soweit ein ähnliches System der Fremdplatzierung bestand wie in der Schweiz – dargestellt. Auffällig ist dabei die im Vergleich zu den Nachbarländern späte Durchsetzung einer gesetzlich verankerten Aufsicht (S. 317). Hier, im vergleichenden Ansatz der historischen Forschung, zeigt sich aber auch eine der Schwächen der Arbeit: das Fehlen einer analytischen Durchdringung des Stoffes. Denn warum in der Schweiz relativ spät eine wirksame Aufsicht eingeführt wurde, geht aus der Arbeit nicht hervor.

Leuenberger und Seglias gehen in ihrer Publikation von fünf Einzelschicksalen aus, aus denen sie nach bestimmten Kriterien die Themen für ihre Studie ableiten: rechtliche Normen, Gründe für die Fremdplatzierung, Auswahlkriterien für die Pflegeplätze, deren Finanzierung sowie die Bedeutung des Milizsystems bei der Unterbringung der jeweiligen fremdplatzierten Kinder. Sowohl Heime als auch Namen von Betroffenen werden anonymisiert. Das ist nicht ganz verständlich. Zumindest die Nennung der Heimnamen würde es beträchtlich erleichtern, sich in der Vielfalt der Heime zu orientieren.

Ein wichtiger und prägender Teil der Arbeit von Leuenberger und Seglias sind die Interviews mit ehemals Fremdplatzierten und wie diese über ihr Schicksal berichten. Insgesamt verschaffen die Interviews vor allem bezüglich der Situation «fremdplatzierter Kinder» in der Schweiz einen guten Überblick über deren Erfahrungen in den ersten sieben Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Das Leben fremdplatzierter Kinder und die Auswirkungen der Fremdplatzierungen auf das spätere Leben werden auf sehr anschauliche Weise beschrieben. Das Gefühl der «Entwurzelung» ist dabei dominant – «Ich bin ausserhalb. Ich bin nie irgendwo gewesen innerhalb (...) von dieser richtigen Familie.» (S. 192) –, aber auch die Erinnerung an das Ausgebeutet-Sein, das Ausgeliefert-Sein an eine anonyme Behörde – «Als ich (...) aus der Schule raus kam, hat ein Mann dort gestanden und der hat mich gerade abgefasst und mitgenommen.» (S. 82) – und das Missbraucht-Werden als Kind, die ständige Drohung mit Gewalt: «Das stundenlange Warten, bis er heimkam und mich prügelte. Das war das Schlimmste.» (S. 153). So zeichnen die Autoren anhand einzelner Schicksale die individuellen Auswirkungen der grossen Armut nach, wie sie in ländlichen Gegenden der Schweiz während des grössten

Teils des 20. Jahrhunderts bestand. Sie zeigen, wie sich diese Armut direkt auf die einzelnen Individuen auswirkte. Und sie stellen auch die behördlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen einer spezifischen Form der Armutsverwaltung dar.

Gerne hätte der Leser etwas mehr über den Umgang der Autoren mit den Interviewten erfahren. Denn die Aussagen der Interviewten dürften bei den Interviewern Empörungen und Betroffenheit ausgelöst haben. Zugleich besteht immer eine Bringschuld der Interviewer gegenüber den Interviewten. Denn einerseits sind die Interviewten Objekte – sie liefern die historischen Daten – und andererseits verursachen die Interviewer möglicherweise bei den Interviewten durch die Wiedererinnerung vergangenen Leides einen schmerzlichen Prozess. Allerdings wird diesem Umstand in der vorliegenden Arbeit wenig Platz eingeräumt. Die Transformation von meistens emotional stark befrachteten Informationen, die von den Interviewten im Rahmen eines Vertrauensverhältnisses den Interviewern mitgeteilt werden, in wissenschaftliche Daten ist ein komplexer und schwieriger Prozess. Das Gefälle zwischen dem Interviewer und dem Interviewten erhält eine zusätzliche Bedeutung durch die Situation der Befragten in ihrer Jugendzeit, die sie vorwiegend als Opfer, das heisst als Objekte der Verhältnisse, erlebten.

Gelöst wird dieser Widerspruch – dass die Interviewten, indem sie Informationen für eine wissenschaftliche Arbeit liefern, zu «Objekten» der Forscher gemacht werden und so den Charakter als eigenständige Subjekte in diesem Prozess verlieren, gleichzeitig aber der Anspruch einer aufgeklärten Forschung besteht, dass auch die Befragten Subjektcharakter erhalten – von Marco Leuenberger und Loretta Seglias durch ein verstärktes «politisches» Engagement. Sie engagierten sich etwa für den vom Bundesrat eingesetzten «Runden Tisch» für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Sie betreiben dabei eine Art anwaltschaftlicher Geschichtsschreibung: «Die im vorliegenden Fall gewonnenen Erkenntnisse verpflichten uns zur Stellungnahme (...). [Es ist] Raum zu schaffen für den aktiven Einbezug und die Partizipation von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, von Betroffenen also, und ihre Forderungen an die Gesellschaft.» (S. 364) Geschichtsschreibung mutiert so zu einer Art Lobbyarbeit, für die historische Rekonstruktionen Begründungen liefern. Dass dabei die Gefahr besteht, dass die Distanz zum Objekt, beziehungsweise die «Objektivität» gegenüber dem Gegenstand der Forschung verloren geht, sind sich die Autoren in ihrer Arbeit bewusst (S. 363). Gleichzeitig präzisieren sie: «Wir verstehen «Objektivität» als Anleitung zu einer handwerklich und intellektuell einwandfreien Forschungsarbeit, die methodisch nachvollziehbar ist.» (S. 364) Im Rahmen eines auch auf der individuellen Ebene professionellen Umgangs stellt sich die Frage nach der Gleichwertigkeit der Beziehung zwischen Professionellen und Befragten. Zumindest besteht dieser Anspruch in einer aktivierenden Sozialarbeit, wie sie die Autoren als Lobbyisten ja vertreten. Hier postuliert etwa der Berufskodex der Sozialarbeit «kontinuierlich Intervention, Supervision, Coaching und Fortbildung». Auf diese Aspekte wird von den Autoren nicht eingegangen. Das aber wäre der Arbeit, die ja mit der Motivierung von bisher passiven Menschen sozialarbeiterische Strategien verfolgt, wohl angestanden.

Die Arbeit knüpft methodisch an das Konzept der «Lebenswelten» an. Im Rahmen dieses Konzeptes soll «das Wechselverhältnis zwischen Strukturen und Individuen (das heisst den fremdplatzierten Kindern)» untersucht werden (S. 16). Als Struktur wird dabei wesentlich der rechtliche Rahmen – im Speziellen die Ausgestaltung der Aufsicht über die fremdplatzierten Kinder – verstanden. Dabei

wird die Frage nach dem «System Fremdplatzierung» gestellt und dieses in einen zeitgenössischen Kontext eingebettet. Im Zentrum steht dabei einerseits der Alltag von Kindern in Pflegefamilien, andererseits soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich der Alltag in der Herkunftsfamilie von demjenigen in der Pflegefamilie unterscheidet (S. 17). Auf andere strukturbildende Elemente wie zum Beispiel Herrschaftsverhältnisse wird nicht eingegangen. Ob eine Situierung der Befragten im Rahmen einer klarer strukturell orientierten Geschichtsschreibung den Interviewten ihren Subjektcharakter, das heisst ihre Würde als Persönlichkeit, zumindest im Nachhinein zurückgegeben hätte, muss offen bleiben. «Struktur» hätte dafür eine Darstellung der ökonomischen Verhältnisse und der damit verbundenen patriarchalen Herrschaftsverhältnisse verlangt.

Als Instrument zur Rekonstruktion der Lebenswelten der fremdplatzierten Kinder und Jugendlichen dienen Interviews. Wie diese Interviews durchgeführt wurden, ist unklar, wird doch auf die bereits in einem früheren Projekt – finanziert durch den Schweizerischen Nationalfonds – erarbeiteten Interviews zurückgegriffen. Diese Interviews seien als «offene, leitfadengestützte, narrative Interviews geführt» worden (S. 21). Zwischen «offenen», «narrativen» und «leitfadengestützten» Interviews besteht jedoch ein Unterschied. Während bei «offenen», «narrativen» Interviews der Interviewer per definitionem nach einer Einleitung den Interviewten ohne zu intervenieren erzählen lässt, wird der Gesprächsfluss im «leitfadengestützten» Interview zu strukturieren versucht.

Mag diese Unschärfe der Methode bei der historischen Rekonstruktion von «Tatsachen» von untergeordneter Bedeutung sein, wird dieser Aspekt aber da wichtig, wo die Autoren versuchen, Brücken zur heutigen Situation der Interviewten zu schlagen und die Interviews interpretieren. Dabei geraten sie in Gefahr des populistischen «Psychologisierens» beziehungsweise der einfachen Aussagen, die weder einer systematischen Analyse standhalten noch soziologisch gesehen schichtspezifisch hinterfragt werden. Wenn etwa eine der Befragten meint, sie sei immer wieder Vorwürfen, Beschuldigungen und Verdächtigungen ausgesetzt gewesen – «Nie etwas Positives. ... Ja, von so jemandem kann man auch nichts Positives erwarten...» (S. 194) – müsste diese, die Befragte abwertende Formulierung, auch einem gesellschaftlichen Kontext zugeordnet werden. Es stellt sich etwa die Frage, ob durch solche Aussagen einem Kinde ein schichtspezifisches Verhalten – im Sinne von Bourdieus *Die feinen Unterschiede* – anerzogen und in seinem Unterbewusstsein verankert werden sollte. Darauf wird leider nicht eingegangen. Hie und da wird auch der schicksalshafte Charakter einer Entwicklung betont, gewissermassen die Ergebnisheit in den Umständen. So etwa, wenn bei einem der Interviewten erwähnt wird, dass er unter Druck das Bett nässte, «ein Leiden, von dem er erst als Jugendlicher erlöst werden sollte» (S. 87).

Es wäre interessant gewesen zu erfahren, welches die Motive hinter den vielfältigen Misshandlungen der fremdplatzierten Kinder und Jugendlichen gewesen waren. Denn – so die Autoren – «aus heutiger Sicht (springt) vor allem die unvorstellbare Gewalt ins Auge, die (fremdplatzierte) Kinder noch im letzten Jahrhundert zum Teil über Jahre hinweg erdulden mussten. Es ergibt sich ein breites Spektrum an Quälereien und Misshandlungen bis hin zu sadistischen Ritualen.» (S. 153) Die Autoren gelangen aber zur Erkenntnis: «Was diese zu ihrem Handeln getrieben hat, kann im Einzelfall kaum mehr nachvollzogen werden. In den Medien aufgegriffene Gerichtsfälle sind rar. Die meisten Vorfälle bleiben ungehört.» (S. 153) Weitere erklärende Ausführungen fehlen. Zwar werden die Struk-

turen der verschiedenen Aufsichtsträger dargestellt, aber kaum das Wertesystem, von dem sich diese leiten liessen. Prominent hervorgehoben werden jeweils die wirtschaftlichen Überlegungen, die zu einer bestimmten Form der Platzierung führten. Den pädagogischen Argumenten kommt eine untergeordnete Bedeutung zu.

Die heutige Diskussion um Verding- und Heimkinder ist geprägt durch den Begriff «fürsorgerische Zwangsmassnahmen», was implizit heisst, dass vor allem die Behörden den Prozess der Fremdplatzierung veranlasst, beziehungsweise ausgelöst haben. Damit wird die weitgehende Verantwortung für eine Fremdplatzierung den Behörden zugeschrieben. Anhand einer seit 1946 geführten Statistik im Kanton Bern zeigte sich jedoch, «dass die Vormundschaftsbehörden als versorgende Instanz zwar stärker in Erscheinung trat, die Eltern aber bis zum Ende des Untersuchungszeitraums die mit Abstand häufigste Versorgungsinstanz blieben. Noch 1979 erfolgten beinahe 60 Prozent der Neuplatzierungen durch die Eltern.» (S. 280) Angesichts dieser Zahlen gilt es, die den Behörden, den privaten Organisationen sowie die den gesetzlichen Regelungen zugeschriebene Bedeutung im Zusammenhang mit dem fürsorgerischen Freiheitsentzug zu relativieren.

Wolfgang Hafner, Windisch

Matthias Ruoss, Fürsprecherin des Alters. Geschichte der Stiftung Pro Senectute im entstehenden Schweizer Sozialstaat (1917–1967), Zürich: Chronos Verlag, 2015, 340 Seiten.

Die vorliegende Studie zeigt in einer wissens- und sozialpolitikhistorischen Perspektive auf, welche Rolle die 1917 gegründete «Fürsprecherin des Alters» (seit 1978 Pro Senectute) beim Aufbau des schweizerischen Sozialstaates spielte und wie dieser die private Fürsorgearbeit der Stiftung prägte. Matthias Ruoss geht dabei weit über eine institutionengeschichtliche Perspektive hinaus, viel mehr dient ihm die Stiftung als Ausgangspunkt für Einblicke in breite gesellschaftliche Entwicklungen und gesellschaftliche Diskurse um Alter und Altern. Der Untersuchungszeitraum der Studie umfasst die ersten 50 Jahre der Stiftung, vom Gründungsjahr 1917 bis zum Jubiläum 1967. Die Studie ist chronologisch aufgebaut und gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil thematisiert den institutionellen Aufbau und die Profilierung der Stiftung, der zweite beschäftigt sich mit der Sozialpolitikgeschichte der Zwischenkriegszeit, der dritte Teil behandelt die Weiterentwicklung der Stiftung zu einer Fach- und Dienstleistungsorganisation nach der Einführung der AHV 1948.

1917 unter dem Patronat der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft von zehn philanthropisch motivierten Männern aus dem Kanton Zürich gegründet, übernahm die Stiftung als «Fürsprecherin des Alters» eine doppelte Rolle. Zum einen versuchte sie, Öffentlichkeit und Politik auf spezifische, sich wandelnde Bedürfnisse und Anliegen alter Menschen aufmerksam zu machen. Zum andern half die Stiftung bedürftigen alten Menschen, materielle Not zu überwinden und Lebenskrisen zu meistern. Von Anfang an setzte sie sich für die Einführung einer gesamtschweizerischen Altersversicherung ein.

Ruoss legt dar, wie der Gründer des Hilfswerkes, Maurice Champod (erster Zentralsekretär bis 1922), sein Hilfswerk in erster Linie als Instrument der öffentlichen Einflussnahme verstand, mit dem er eine stabile Solidaritätsgrundlage für die geplante staatliche Altersversicherung schaffen wollte. Gleichzeitig entwarf er ein gemeinnütziges Programm als Gegenentwurf zum Versicherungsprojekt.

Die Strategie bestand darin, auf psychosoziale statt materielle Probleme alter Menschen aufmerksam zu machen und damit die Altersfrage neu zu problematisieren. Als sich die Einführung der AHV verzögerte, musste Werner Ammann (zweiter Zentralsekretär 1922 bis 1952) eine Programmänderung herbeiführen. Er baute die Stiftung in der Zwischenkriegszeit zu einer gemeinnützigen Fürsorgeorganisation aus, die bescheidene finanzielle Beiträge an verarmte alte Menschen leistete. Die Stiftung stiess damit bereits gegen Ende der 20er Jahre an finanzielle Grenzen, Bundessubventionen ab 1929 konnten ein Fiasko abwenden. Das Stiftungsziel der nicht materiellen Alterspflege wurde auf die Zeit nach der Einführung einer Altersversicherung verschoben.

Im zweiten Teil leuchtet Ruoss die sozialpolitischen Debatten um die Lösung der Altersfrage von den 1920er Jahren bis zur Einführung der AHV 1948 systematisch und unter Einbezug der bisherigen Forschungsliteratur und zahlreicher Quellen aus. Die Ablehnung der AHV-Gesetzesvorlage 1931 stellte eine grundlegende sozialpolitische Zäsur dar, auf welche die Sozialpolitik des Bundes ab 1934 mit der Schaffung eines gesamtschweizerischen steuerfinanzierten Fürsorgesystems unter Einbezug der Kantone und der Stiftung reagierte. Damit legte der Bund den Grundstein für ein subsidiäres Altersvorsorgesystem. Ruoss vertritt die These, dass es nach 1948, anders als es die Historiografie oft darstelle, nicht zu einem Systemwechsel kam, sondern vielmehr zur Einrichtung eines dualen Altersvorsorgesystems, das neben Versicherungsleistungen auch Fürsorgeleistungen gewährte und das bis in die 1970er Jahre zu schwach war, das soziale Risiko Alter wirkungsvoll zu bekämpfen. Der Eintritt in den Ruhestand war nur privilegierten Personen möglich.

Das dritte Kapitel widmet sich der Neuorientierung und Weiterentwicklung der Stiftung zu einer Fach- und Dienstleistungsorganisation nach 1948. Ruoss fokussiert auf die Frage, wie sich die Stiftung neue soziale Aufgaben stellte und legt überzeugend dar, welche Rolle die Altersforschung in der Erschliessung neuer Handlungsfelder spielte. Ruoss diskutiert die noch wenig erforschten Veränderungen der Altersdiskurse seit der Jahrhundertwende und legt aufschlussreich die Verschiebungen der Debatte ab 1929 frei, als neue Disziplinen – Sozialmedizin, Psychologie, Gerontologie – ein neues Verständnis des Alters und des Alterns zu entwickeln begannen. Die Stiftung nahm das anwendungsorientierte Expertenwissen der Altersforschung auf und veränderte ihre Alterspflege von einer arbeitsorientierten in eine freizeitorientierte Richtung. Damit beteiligte sich die Stiftung aktiv an der Konstituierung und Ausgestaltung einer nachberuflichen Lebensphase, für welche die Stiftung eine breite Palette von aktivierenden Angeboten entwickelte. Ebenso stellte sie sich der Wohnfrage und führte Alternativen zur stationären Heimversorgung für alte Menschen ein. Die gemeinnützigen Angebote waren stark geschlechterspezifisch, typisch weibliche Probleme des Alters fanden kaum Beachtung. Der Ausschluss von Frauen blieb eine Konstante. Dank ihrer Vernetzung mit einschlägigen wissenschaftlichen Gesellschaften und Ausbildungsstätten etablierte sich die Stiftung als Expertin für Altersfragen. 1961 wurde sie vom Bund mit der Leitung der Kommission für Altersfragen beauftragt, deren Schlussbericht zum 50-jährigen Jubiläum der Stiftung 1967 vorlag und als politischer Wegweiser für die 7. AHV-Revision 1968 diente.

Ruoss legt eine fundierte und methodisch durchdachte Untersuchung der Geschichte der «Stiftung für das Alter» vor und schliesst eine wichtige Forschungslücke. Seine ausführliche Studie zeichnet sich durch eine präzise Auswertung

einer Fülle von unterschiedlichen Quellen und eine erkenntnisbringende Verknüpfung verschiedener Forschungsfelder – von der Sozialstaatsgeschichte, der historischen Wohlfahrtsforschung zur Wissensgeschichte – aus. Besonders herauszuheben ist die überzeugende Darstellung der Entwicklung der Altersdiskurse in der Schweiz sowie der schweizerischen Besonderheiten in der Programmatik und Praxis der Wohlfahrtsproduktion am Beispiel der Altersvorsorge.

Anita Ulrich, Zürich

Michel Caillat, **L'Entente internationale anticommuniste de Théodore Aubert. Organisation interne, réseaux et action d'une internationale antimarxiste 1924–1950**, Lausanne: Société d'histoire de la Suisse romande, 2016, 782 pages.

Créée en 1924 par l'avocat genevois Théodore Aubert et par le docteur Georges Lodyginsky, délégué de l'ancienne Croix-Rouge impériale russe, soutenus par plusieurs personnalités conservatrices locales, l'Entente internationale anticommuniste (EIA) se veut une organisation de combat contre la III^e Internationale. Dirigée par un Bureau permanent basé à Genève, elle se fixe pour objectif de recueillir le maximum d'information sur le Komintern et l'URSS et de la faire circuler via des centres nationaux antibolchéviques affiliés, dans le but de débusquer et de dénoncer l'activité subversive communiste en lui opposant les principes d'ordre, de famille, de propriété et de patrie. Le Komintern offre un modèle organisationnel dont l'EIA s'inspire en partie. Cette dernière tentera, sans grand succès, de mettre sur pied des sections auxiliaires spécialisées (section de jeunesse, section féminine ou Institut antimarxiste, etc.), mais l'organisation genevoise entend toutefois mener un travail d'information discret: plutôt que de s'adresser aux foules, il s'agit d'atteindre des élites qu'il faut convaincre de la noirceur foncière du communisme — mais n'en étaient-elles pas déjà convaincues?

Longtemps négligée par les historiens, l'EIA a laissé des archives considérables qui ont déjà nourri des recherches ciblées, comme la belle thèse de Stéphanie Roulin consacrée à un satellite de l'EIA, le comité Pro Deo. Michel Caillat a travaillé longuement et méticuleusement sur cet immense fonds pour donner une histoire définitive de l'Entente. Bâtie chronologiquement, sa thèse est divisée en quatre parties d'inégale longueur, portant sur le parcours du fondateur Théodore Aubert, sur les modalités organisationnelles de l'Entente ensuite, puis sur ses actions avant 1939, pour conclure sur la période de la Seconde Guerre mondiale.

L'auteur chronique ainsi l'histoire complexe, faite d'engagements multiples et parfois brouillons, d'échecs nombreux et de quelques réussites, d'un mouvement qui, malgré ses prétentions mondiales, repose sur des bases essentiellement genevoises: les liens avec la Suisse alémanique sont lâches, comme le montrent le financement du mouvement (pp. 215 ss.) ou ses soutiens médiatiques — Caillat cite à plusieurs reprises le *Journal de Genève*, parfois la *Gazette de Lausanne*, mais aucun grand titre alémanique — et la constitution du réseau international reste problématique: «Les résultats pratiques des démarches poursuivies sans relâche par le Bureau permanent pour établir des relais stables de son action dans les différents Etats européens sont, quant à eux, très inégaux. Très peu de centres nationaux ont finalement vu le jour selon le modèle préconisé par Aubert. Et quand cela a été le cas, leurs existence a été compromise par des modifications intervenues dans la situation politique ou par des rivalités personnelles.» (p. 186) L'Entente compense en partie cet échec en tablant sur les rapports personnels noués par ses dirigeants au fil de leurs voyages et conférences, des contacts de qualités

diverses, intéressants pour certains, marginaux et isolés dans leur propre pays pour d'autres.

L'action de l'Entente se manifeste avant tout par la distribution d'innombrables brochures et autres articles de presse qui doivent démontrer le caractère multiforme et pervers du complot communiste diabolique ourdi à Moscou et relayé par les tentacules du Kominform. Le lobbying politique et la délation complètent ce répertoire d'actions destinées à des élites jugées trop molles voire naïves face une propagande insinuante. Mais la «contre-propagande» ainsi diffusée est souvent grossière, relevant d'une logique complotiste délirante, l'auteur le relève à raison à plusieurs reprises. Même les milieux les plus anticommunistes, comme le *Journal de Genève* des années trente, se montrent parfois irrités par l'obsession de l'Entente, et plus encore par la mauvaise qualité de ses informations. Ces réticences sont inaudibles par Aubert et ses amis. Au fil des pages, le lecteur est frappé par le décalage entre l'ambition affichée par l'Entente et la relative modestie des résultats, même si les principaux animateurs du mouvement, très actifs, aiment à se gargariser de l'importance décisive de leurs actions — en 1932, Aubert déclare ainsi que son mouvement est «maintenant assez puissant pour que le gouvernement soviétique et la III^e Internationale le considèrent comme un de leurs principaux adversaires» (p. 438)!

La guerre contraint l'EIA à concentrer son activité sur la Suisse. De multiples contacts sont pris, notamment avec le colonel Masson qui dirige le Service de renseignement de l'armée. Aubert et ses amis ne se lassent pas de peindre le diable communiste sur la muraille: alors que les organisations communistes sont interdites, ils craignent un accroissement du danger révolutionnaire du fait de l'activité désormais clandestine des meneurs communistes, alors que leurs correspondants dans les milieux industriels les assurent du calme régnant dans leurs usines, ils annoncent une recrudescence de l'activité subversive. S'ils se réjouissent de l'attaque allemande contre l'URSS, ils sont stupéfaits par la résistance russe et par les victoires de l'Armée rouge. L'EIA radicalise encore son discours, mais ses mises en garde véhémentes et autistes sur «la révolution qui vient» finissent par la discréditer dans les milieux mêmes qui l'avaient soutenue.

Caillat offre une description détaillée et érudite toute cette activité, précieuse d'autant plus que le livre dispose d'un index et d'une galerie de notices biographiques, ce qui en fait un instrument de travail qui rendra de grands services. La richesse documentaire de cette somme n'empêche toutefois pas quelques réticences d'ordre méthodologique. L'auteur est très proche de ses sources au point qu'il semble parfois, étonnamment, accorder beaucoup de crédit aux rapports du Bureau permanent dont la fiabilité de jugement aurait pu être plus systématiquement questionnée. Par ailleurs, l'ouvrage est rédigé dans une perspective très positiviste, avec l'ambition de rendre compte le plus précisément possible de l'histoire de l'EIA. Le lecteur est dès lors noyé sous le détail d'une documentation qui aurait gagné à être mieux hiérarchisée. Enfin, la focalisation sur la seule EIA et l'absence de comparaison avec d'autres organisations anticommunistes de l'époque, et elles ne manquent pas, rendent difficile une appréciation de l'influence réelle de l'EIA. L'auteur l'évoque dans une conclusion courte et prudente. L'anticommunisme virulent des élites helvétique est un fait connu qu'il souligne, mais dans quelle mesure l'Entente l'a-t-elle forgé ou renforcé, dans quelle mesure l'a-t-elle simplement accompagné, la question reste ouverte.

Alain Clavien, Université de Fribourg

Eva Maria von Wyl, **Ready to Eat. Die Schweiz entdeckt amerikanische Esskultur**, Baden: Hier und Jetzt, 2015, 296 Seiten.

Mit der Amerikanisierung steht ein Thema im Mittelpunkt des hier zu besprechenden Buches, das in der Öffentlichkeit seit den 1930er Jahren vielfach diskutiert wurde und als Phänomen auch die Geschichtswissenschaften fasziniert hat. Eva Maria von Wyl versucht in ihrem auf ihre Dissertation an der Universität Zürich zurückgehenden Buch, eine Antwort auf die Frage zu finden, «warum die Amerikaner bis heute so erfolgreich sind bei der Verbreitung ihrer Ideen, Werte und ihrer Lebensweise» und warum wir bei aller Skepsis gegenüber den amerikanischen Ernährungsgewohnheiten «so hungrig sind auf alles, was von <drüben> kommt» (S. 9). Sie untersucht, wie die amerikanischen Ernährungsgewohnheiten die schweizerische Ernährung zwischen 1948 und 1973 verändert haben. Dazu betrachtet sie zunächst die Entwicklung der «modernen Ernährung» und die Frage, was amerikanische Ernährungsgewohnheiten kennzeichnet, wendet sich dann konkret den Einflüssen der amerikanischen Ernährungsgewohnheiten auf die schweizerische Ernährung zu. Hierfür diskutiert sie zunächst die Push- und Pull-Faktoren der Amerikanisierung, differenziert dann zwischen fünf Einflussphären der amerikanischen Ernährung, um dann fünf Fallgeschichten zu rekonstruieren (Zweifel Pomy-Chips, Cornflakes der Hafermühle Lützelflüh, Nestea Eistee, Werbeagentur Thompson und Vivi-Kola). Schliesslich geht sie in einem dritten Kapitel auf Widerstände gegen die Amerikanisierung ein, die an den Beispielen der Kampagnen gegen Coca-Cola beziehungsweise für einheimische Obstsaften diskutiert werden. Ihre Bilanz lautet, dass weniger von einer durchgreifenden Amerikanisierung der schweizerischen Ernährung und von einer Eins-zu-eins-Übernahme amerikanischer Ernährungsweisen zu sprechen ist, als von einer Verschweizerung, das heisst von einer Adaptation und Angleichung amerikanischer Ernährungsgewohnheiten, die in den Kontext des jahrhundertelangen, wechselseitigen Transfers zwischen Europa und Amerika eingeordnet werden.

Das Thema der Amerikanisierung hat die Ernährungsgeschichte in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt. Dabei war der Trend zur Amerikanisierung allerdings eher eine generelle Vorannahme, die kaum einmal im Detail untersucht wurde. Insofern ist diese Studie verdienstvoll. Überraschend ist freilich, dass die Zahl der Schweizer Beispiele für eine Amerikanisierung der Ernährung relativ klein ist. Die Autorin erklärt dies mit dem Konservatismus der Schweizer. Anzunehmen ist allerdings, dass Einflüsse aus dem italienischen Raum schon wegen der räumlichen Nähe eine stärkere Prägekraft entwickelten, wobei die Italiener in Fragen der Ernährung eher traditionell orientiert sind, was unter anderem zu Widerstand gegen den Bau von McDonald's-Filialen in italienischen Städten geführt hat. Über dergleichen Einflüsse wie über die Schweizer Ausgangslage erfährt der interessierte Leser freilich wenig: Während die Entwicklung der Ernährungsgewohnheiten in den USA in einem Kapitel ausgiebig erörtert wird, sieht die Autorin von einer detaillierten Untersuchung und Darstellung der Schweizer Kost und ihrer Entwicklung vielmehr explizit ab. Damit werden Push- und Pull-Faktoren doch nicht gleichmässig gewürdigt, wie eingangs gefordert, sondern Amerika als Modell und Impulsgeber vorgestellt. Somit geht es letztlich dann doch um Übernahmen der amerikanischen Essgewohnheiten.

Die Studie stützt sich ab auf die Periodisierung verschiedener Entwicklungsphasen der Ernährung aus Detlef Briesens Publikation *Gesunde Ernährung*, die

eine Dominanz der USA annimmt. Die Übernahme dieses Phasenmodells ist aus verschiedenen Gründen problematisch: Erstens periodisiert Briesens Entwicklungsmodell nicht die Entwicklung von Konsumgewohnheiten, sondern von ernährungswissenschaftlichen Konzepten. Zudem hat Briesen dieses Modell aber weniger selbst entwickelt, sondern von Harvey Levenstein übernommen, wie die Autorin selbst anmerkt, indem es «an zahlreichen Stellen inhaltlich sowie bei der Darstellung der Argumente exakt der Struktur und den Quellen des englischen Originals» folgt (Anm. 59, S. 239). Zwar wird dies als «grosses Manko» bezeichnet (ebda). Doch anstatt dann konsequent auf das Original zurückzugreifen, orientiert sich die Autorin weiterhin an Briesen, angeblich weil er den neuesten Forschungsstand einbeziehe. Diese Art und Weise der Übernahme hätte sicherlich Anlass für einige kritische Rückfragen und vielleicht auch für den Blick in weitere Arbeiten zur Ernährungsgeschichte der USA geben können, an denen angesichts der Anerkennung der *Food Studies* als ernsthafte akademische Disziplin in den USA wahrlich kein Mangel ist. Vielleicht hätte eine breitere Rezeption ernährungshistorischer Literatur auch weitere Anregungen für Fallbeispiele gegeben. Die neuere Literatur zur Entwicklung der Tiefkühlkost als einer in den USA früh entwickelten und rezipierten, tiefgreifenden Innovation im Bereich der Ernährung fehlt jedenfalls weitgehend.

Positiv zu werten ist allerdings, dass sich die Untersuchung nicht auf den eigentlichen Verzehr beschränkt, sondern die Lebensmittelkette von Herstellung, Zubereitung, Verkauf und Verzehr systematisch abschreitet, sich also den Strukturen des Ernährungsmarktes zuwendet und dabei auch aufzeigen kann, dass manche Neuheiten weniger im Produkt selbst zu suchen sind, als vielmehr in den Methoden seiner Vermarktung. Spannend zu lesen ist insbesondere, wie sich schweizerische Nahrungsproduzenten mit amerikanischen Produkten und Produktionstechniken auseinandersetzten und wiederholt ausgedehnte Reisen in die USA unternahmen, um diese zu studieren, und wie sie in Reaktion auf ihre Wahrnehmungen in den USA genuin Schweizer Produkte entwickelten und vermarkteten. Doch gerade weil die Schweizer Ernährungsgewohnheiten sich nach dem Urteil der Autorin als relativ resistent erwiesen, hätte vor allem der Nicht-Schweizer Leser gerne mehr über diese Gewohnheiten und ihren Wandel erfahren, um die Befunde einzuordnen. Trotzdem handelt es sich um eine lesenswerte und aufschlussreiche Studie und es wäre höchst wünschenswert, die Fragestellung für die 1980er und 1990er Jahre fortzuführen. *Ulrike Thoms, Berlin*

Simon Hofmann, **Umstrittene Körperteile. Eine Geschichte der Organspende in der Schweiz**, Bielefeld: Transcript Verlag, 2016 (Reihe Histoire, Bd. 83), 330 Seiten, 8 Abbildungen.

Mit dem Buch *Umstrittene Körperteile: Eine Geschichte der Organspende* – das zugleich die Veröffentlichung seiner Dissertation darstellt – beansprucht Simon Hofmann, eine Forschungslücke in der kulturhistorischen Untersuchung der Organspende in der Schweiz zu schliessen. Er zeichnet darin die Geschichte der Organspende von ihren Anfängen bis zur Verabschiedung des Transplantationsgesetz 2004 nach. Diese Geschichte, die auf vielen Ebenen eine sehr voraussetzungsvolle war, ist zugleich auch immer eine Geschichte des Körpers sowie der gesellschaftlichen Bedeutung und Bewertung von Medizin. Die medizinische Technik steht bei Hofmanns Untersuchung allerdings nicht im Vordergrund, sondern vielmehr der kulturelle Umgang mit dem Verfahren der Organspende. Das

«Organ» begreift er dabei als Schnittstelle zwischen realen medizinischen, sozialen und marktwirtschaftlichen Praktiken auf der einen und Diskursen, Metaphern und Phantasien auf der anderen Seite. Voraussetzung für den Ausbau der Organspende war dabei (und ist es immer noch!) eine enge Kooperation vieler Bereiche und Organisationen mit jeweils unterschiedlichen Interessen. Die kulturellen Aushandlungs- und Deutungskämpfe, die von diesen verschiedenen Institutionen ausgefochten werden, sind Teil von Hofmanns Untersuchung. Methodisch greift er dabei auf die Diskursanalyse in Anlehnung an Michel Foucault zurück, indem er das Sprechen über die Organspende einerseits im Sinne einer Begrenzung des Sagbaren innerhalb einer bestimmten Ordnung begreift und andererseits der Frage nachgeht, wer diese Regeln eigentlich bestimmt, wie also Diskurs und Macht miteinander verquickt sind (*Wer darf wie über die Organspende sprechen?*). Die Organspende begreift er dabei mit Foucault als ein medizinisches Dispositiv, also als ein Macht-Wissen-Netz von Institutionen, Diskursen und Praktiken. Diese Perspektive ergänzt gleichsam die der Diskursanalyse, indem sie daran erinnert, dass die Hervorbringung von Macht und Wissen nie nur auf sprachlicher Ebene stattfindet, sondern diskursives Wissen auch immer mit ausserdiskursiven Machtformen verbunden ist. Indem Hofmann unterschiedliche Akteurs-Gruppen differenziert, beleuchtet er die Geschichte der Organspende drei Mal aus einem jeweils anderen Blickwinkel: der medizinischen Praxis, der verschiedenen medialen Repräsentationen und der rechtlich-politischen Sphäre, wobei er diese Ebenen, die in anderen Studien oft isoliert betrachtet werden, miteinander in Beziehung setzt.

Die zentrale Frage des Buches, nämlich wie es eigentlich zur kulturellen Krise der Organspende kam, nachdem die medizinisch-technischen Probleme weitestgehend aus dem Weg geräumt wurden, beantwortet Hofmann folgendermassen: Er identifiziert drei Diskurse um die Organspende – den medizinischen, den ökonomischen und den moralischen – und stellt fest, dass diese drei Diskurse sich zwar einerseits ergänzen und gegenseitig stützen, sich andererseits aber auch wechselseitig konterkarieren. Der moralische Diskurs um die «gute Organspende», konnte sich nach Hofmann nie hegemonial stabilisieren, weil er an seinen Rändern immer unterminiert wurde durch Geschichten, die das Tabuisierte, das Unheimliche und Bedrohliche der Organspende zum Sprechen brachten: die medial ausgeschlachteten Geschichten und Fiktionen über Organhandel, Organraub und menschliche Ersatzteillager. So ist die Geschichte der Organspende und des Sprechens über sie immer auch eine Geschichte von Ambivalenzen und Paradoxien. Diese Widersprüchlichkeit ist dabei angelegt in der Technik der Organtransplantation selbst, welche die Grenzen der klassischen medizinischen Logik zu sprengen droht: Um Leben zu retten, ist sie auf den Tod und die körperliche Desintegration angewiesen. Um den hypokratischen Eid nicht zu brechen, muss der Tod beziehungsweise der Todeszeitpunkt selbst anders und neu definiert werden, denn ohne Hirntod-Konzept keine Organtransplantation. Damit ist die Geschichte der Organtransplantation aber auch immer eine der kontinuierlichen Bemühungen um ihre Legitimierung. Das Sprechen über die Organspende ist damit von zwei gegensätzlichen phantasmatischen Szenarien strukturiert, die zwei Seiten einer Medaille abbilden: den Traum vom verlängerbaren und beherrschbaren Leben und den Sieg über den Tod einerseits (Diskurs der «guten Organspende») und andererseits das Szenario, das auf die Figur des Spenders gerichtet ist und von gewaltsamer Ausbeutung, Verstümmelung und Verwertung handelt

(Diskurs vom Organhandel). Hofmanns Untersuchung findet ihren Abschluss in der kritischen Würdigung des Organspendegesetzes von 2004, dessen Ziel es seiner Ansicht nach primär war, Rechtssicherheit zu schaffen und Missbrauch vorzubeugen, weniger dagegen, die Organspendezahlen zu erhöhen, weswegen Hofmann auch von einem «Misstrauensgesetz» spricht. Seine inhaltliche Stärke bezieht das Buch meines Erachtens aus der Erkenntnis, dass das menschliche transplantierbare Organ immer schon beides war: Geschenk UND Ware. Hofmann hält die Spannung aus, diese Dialektik nicht nach der einen oder anderen Seite hin auflösen zu wollen im Sinne einer Fortschritts- oder Verfallsgeschichte. So kann Hofmann zeigen, dass dem «Siegeszug der Transplantationsmedizin» von Anfang an eine Dialektik innewohnte, die es anzuerkennen gilt. Hofmann tut dies, indem er eine Zwischenposition anbietet, die weder auf eine Trivialisierung noch eine Dramatisierung der Organtransplantation abzielt.

Um eine umfassendere Geschichte der *Organspende* zu schreiben, wie der Untertitel des Buches es nahelegt, hätte Hofmann aus meiner Sicht allerdings noch die Lebendorganspende in seine Untersuchung miteinbeziehen können; denn diese ist gerade auch aufgrund des Organmangels stets eng mit der Postmortal spende verbunden gewesen. Die Konzentration auf den Schweizer Raum hingegen scheint nachvollziehbar und konsequent, weist die Studie doch in diesem Zusammenhang auf einige regionale Besonderheiten wie die Nähe der Transplantationsmedizin zur Schweizerischen Pharmaindustrie und die sehr geringen Spendezahlen in der Schweiz hin (zweitletzter Platz in Westeuropa). Die Lektüre dieses sehr sorgfältig recherchierten Buches wird aus meiner Sicht einzig durch die vielen Fussnoten erschwert, die erst umständlich am jeweiligen Kapitelende nachgeschlagen werden müssen und bei denen erst im Nachhinein erkennbar ist, ob es sich dabei um Quellenangaben oder um längere inhaltliche Erklärungen handelt.

Merve Winter, Psychologische Hochschule Berlin

Allgemeine Geschichte / Histoire générale

Kaspar Gubler, **Strafjustiz im Spätmittelalter im Südwesten des Reichs. Schaffhausen und Konstanz im Vergleich**, Zürich: Chronos Verlag, 2015, 584 Seiten.

Mit der 2009 abgeschlossenen Zürcher Dissertation Kaspar Gublers liegt seit Längerem wieder eine städtische, kriminalitätshistorische Fallstudie vor, die das gesamte Spektrum devianten Verhaltens in den Blick nimmt. Die Arbeit, die 2015 bei Chronos publiziert wurde, erfüllt ein Desiderat der deutschsprachigen Kriminalitätsgeschichte, indem sie die Erforschung der Sanktionspraxis und des Strafvollzugs in den Vordergrund stellt. Im Fokus des Interesses stehen Geldstrafen, die anhand der kleinen, relativ unbedeutenden Reichsstadt Schaffhausen im ausgehenden 15. Jahrhundert untersucht werden. Ergänzt wird die Untersuchung durch einen Vergleich mit dem benachbarten Konstanz zur Mitte des 15. Jahrhunderts, auf der Grundlage von Peter Schusters Pionierstudie² und zusätzlichen Recherchen des Autors. Die dichte Quellenüberlieferung im Bereich der Nieder-

2 Peter Schuster, *Eine Stadt vor Gericht. Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz*, Paderborn 2000.

gerichtsbarkeit beider Städte ermöglicht eine komparative Perspektive. Die Auswertung von 2778 Delikten im Zeitraum von 1467 bis 1504 mit den bewährten Methoden der historischen Kriminalitätsforschung liefert das Fundament für die Überlegungen zur Sanktionspraxis. Deren Ergründung wirft die Frage nach der Normdurchsetzung auf und zielt auf ein vertieftes Verständnis der städtischen Herrschaftspraxis sowie deren Wandel an der Schwelle zur Frühen Neuzeit.

Während sich die beiden Städte in den allgemeinen Rahmenbedingungen – Demographie, Wirtschaft und Verfassung – stark unterschieden, wiesen sie im Bereich der Strafjustiz einige Gemeinsamkeiten auf. Insbesondere die normativen Grundlagen wurzelten in einer gemeinsamen rechtlichen Tradition (Richtebrief). Personal und Institutionen zur Wahrung des städtischen Friedens erwiesen sich in beiden Städten als funktional und effizient. Der Schaffhauser Rat sah sich kaum zu Normwiederholungen genötigt und die Sicherheitskräfte verhielten sich diszipliniert. Die Erscheinungsformen von Devianz sowie das Sozialprofil der Delinquenten differierten nur marginal. Sowohl in Schaffhausen als auch in Konstanz überwogen Gewaltdelikte die Eigentumsvergehen, und alle gesellschaftlichen Schichten waren ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vor Gericht präsent.

Die ausgesprochenen Sanktionen entsprechen den Erkenntnissen bisheriger Forschung. Punitive, ausgrenzende Strafen waren in beiden Städten dem Hochgericht überlassen und richteten sich vor allem gegen Auswärtige. Im niedergerechtiglichen Bereich, wo restitutive Strafen überwogen, stellt Gubler sowohl bei der Strafzumessung als auch beim Vollzug signifikante Unterschiede fest. Die Schaffhauser Urteile richteten sich nach den normativ festgehaltenen Bussbeträgen. Die Konstanzer Gerichte vermieden es, im Urteil einen Bezug zu Normen herzustellen, und verhängten nominal und real wesentlich höhere Bussen oder gar Stadtverbannungen. Schuster betrachtet die Urteile in Konstanz als Resultat eines Aushandlungsprozesses zwischen Richtern und Angeklagten. In Schaffhausen hingegen wurden, nachdem der Verurteilte das Urteil anerkannt hatte, in einem einseitig obrigkeitlichen Gnadenakt die Strafen reduziert. Die Beträge wurden in der Folge konsequent und in relativ kurzen Zeitspannen eingetrieben. In Konstanz dagegen bestand das obrigkeitliche Entgegenkommen in der Umwandlung von Stadtverweisen in Bussen und in der Gewährung langer Zahlungsfristen, die den Gebüssten ein Abstottern der hohen Geldstrafen ermöglichten. Letztlich führten beide Strategien zum Ziel: Die grosse Mehrheit der Bussen wurde erfolgreich eingetrieben, auch wenn einflussreiche Bürger sie schuldeten.

Gubler versteht das Urteil und dessen Milderung im Vollzug als ein Zu- und Absprechen von Ehranteilen. Dieser Ehrenhandel brachte den Verurteilten in ein moralisches Schuldverhältnis gegenüber der richtenden Instanz und diente gleichzeitig der Inszenierung der Rats Herrschaft. Der Autor folgt hier Überlegungen der rechtlichen Volkskunde in der Tradition Karl-Sigismund Kramers und sieht Ehre, eingebettet in das religiöse Weltbild, als Schlüssel zum Verständnis der Strafzumessung und des Sanktionsvollzugs. Als wichtiger Indikator hierfür betrachtet Gubler die eidliche Anerkennung des Urteils durch den Verurteilten, welche die Verbindung von Recht und Ehre verdeutlicht. Die relative Milde der Schaffhauser Gerichte versteht er als Ausdruck eines Konsenses in Rechts- und Ehrauffassungen zwischen Rat und Bürgern. Dieser war in Konstanz weniger ausgeprägt, weshalb die Delinquenten mittels hoher Bussen in ein langfristiges, ökonomisches Schuldverhältnis gedrängt wurden. Jeder gewährte Zahlungsaufschub erneuerte die moralische Schuld des Debtors. Insgesamt konstatiert Gubler für

beide Städte eine strenge Strafjustiz und eine durchsetzungsfähige Rats Herrschaft. Erst für die beginnende Frühe Neuzeit erkennt er in Schaffhausen Anzeichen einer sich abzeichnenden Durchsetzungsschwäche, als Folge der verstärkten Ausbildung des Rats als Obrigkeit.

Gublers Studie ist ein wertvoller Beitrag zum Verständnis der Strafjustiz in der spätmittelalterlichen Stadt, nicht zuletzt dank des innovativen Ansatzes, eine Kleinstadt kriminalitätshistorisch in vergleichender Perspektive zu untersuchen. Die damit einhergehende darstellerische Herausforderung meistert er mit stringenter Gliederung und guter Leserführung durch den umfangreichen Text. Durch die Kombination gerichtlicher Quellen mit Stadtrechnungen und Steuerbüchern kann Gubler den Vollzug der Urteile nachverfolgen und Einblicke in Rechts- und Alltagsleben gewähren. Die Quellengrundlage führt aber dazu, dass Herrschaft vorwiegend aus obrigkeitlicher Perspektive beleuchtet wird. Hierfür liefert die Studie wertvolle Anregungen in methodischer wie inhaltlicher Sicht, hingegen bleibt ihr Nutzen für ein umfassendes Verständnis von Herrschaft beschränkt.

Silvio Raciti, Bern

Thomas David, Tobias Straumann, Simon Teuscher (Hg.), **Neue Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte – Nouvelles contributions à l'histoire économique**, Zürich: Chronos Verlag, 2015 (Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte – *Annuaire suisse d'histoire économique et sociale*, Bd. 30), 253 Seiten, 21 Abbildungen.

Das Thema Wirtschaft erlebt in den Geschichtswissenschaften in jüngster Zeit eine Wiederbelebung. Die historische Auseinandersetzung mit der Ökonomie ist eindeutig wieder in Mode. Nicht erst seit der Finanzkrise ab 2007 zeigen Historikerinnen und Historiker und zunehmend auch eine breitere Öffentlichkeit ein grösseres Interesse an wirtschaftshistorischen Themen. Ausdruck hiervon sind in der Schweiz unter anderem der Themenschwerpunkt Wirtschaftsgeschichte in der Zeitschrift *traverse* 2010/1 und das monumentale Standardwerk *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, das unter der Ägide der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte entstanden und 2012 erschienen ist.

Wirtschaftsgeschichte, wie sie heute betrieben wird, hat sich indes seit ihrer letzten Hochphase in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiterentwickelt und differenziert. Überblickt man das Forschungsfeld, ist ein ausgeprägter Methodenpluralismus auszumachen. Zu den «traditionellen» und «erneuerten» Ansätzen der (wirtschaftswissenschaftlichen) Wirtschafts- beziehungsweise der (geschichtswissenschaftlichen) Wirtschafts- und Sozialgeschichte gesellen sich vermehrt auch kulturhistorisch angeregte Forschungen. Zeigte die neue Kulturgeschichte lange wenig Interesse an wirtschaftshistorischen Betrachtungsweisen, entdeckt sie ökonomische Themen nun für sich. Die Schweizerische Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hat diesen Entwicklungen mit der Tagung «Neue Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte» Rechnung getragen. Der 2015 erschienene Tagungsband will die neue Vielfalt an Untersuchungsgegenständen und methodischen Zugängen sichtbar machen und «die ganze Breite der aktuellen Forschung an den Schweizer Universitäten [einfangen]» (S. 8).

Der Sammelband gliedert sich grob in vier thematische Teile. Im Folgenden werden die Beiträge summarisch dargestellt, um anschliessend den Tagungsband einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Jon Mathieu eröffnet den Band im ersten Teil «Theorien und Methoden» mit einem Beitrag zur Methodendiskussion der historischen Forschungen zu den Klimafolgen in der Vormoderne.

«Firmen, Branchen und Regionen» stehen in Teil 2 im Zentrum. *Heinz Nauer* untersucht anhand der Unternehmensgeschichte des Benziger Verlags (Einsiedeln) exemplarisch den bisher in der Forschung kaum beachteten Markt für katholische Massenware im 19. Jahrhundert. Anhand der beiden Fallbeispiele der Tourismusstadt Luzern und der Industriestadt Winterthur arbeitet *Laura Fasol* mit einem kulturhistorischen Ansatz die Bedeutung der Natur in der Konstruktion von Stadtidentitäten um 1900 heraus und betont die Verknüpfung zwischen Naturwahrnehmung und Wirtschaftsgeschichte. *Benedikt Meyer* geht den Wandlungen der Flugreise und der Flugreisenden zwischen 1919 und 2002 nach.

Gleich fünf Beiträge sind in Teil 3 unter dem Stichwort «Regulierung» versammelt. *Nicolas Chachereau* fokussiert in seinem Artikel auf die schweizerischen Interessensgruppen zugunsten eines Patentschutzes, um die erfolgreiche Einführung des Bundesgesetzes von 1888 zu erklären. Käse bildet den Rahmen für zwei Artikel. *Roman K. Abt* beschäftigt sich aus kulturhistorischer Perspektive mit der Problematisierung der Käse- und Getreidepreise und den Zielkonflikten der politischen Massnahmen zugunsten der in Konkurrenz stehenden Getreide- und Käseproduktion in der Schweiz zwischen 1910 und 1938. *Dorothee Ryser* untersucht demgegenüber anhand der Schweizerischen Käseunion staatliche und nicht-staatliche Formen der Regulierung des Milchmarktes und stellt mittels eines agrar- und wirtschaftspolitischen Fokus dar, wie die Käseunion als Mengen- und Preiskartell ab den Jahren 1933 bis 1939 unter dem Eindruck öffentlicher Kritik in den Blick staatlicher Aufsicht geriet. Anhand von drei Fallbeispielen zeigt *Pierre Eichenberger* auf, dass die Einführung von Ausgleichskassen – nach der Einführung der Erwerbssersatzordnung (EO) 1940 eine der zentralen Institutionen der sozialen Sicherheit in der Schweiz – innerhalb der Arbeitgeberverbände bereits in der Zwischenkriegszeit debattiert wurde und diese deren spätere Ausgestaltung massgeblich mitgestalteten. *Beat Stüdl* stellt schliesslich mittels der Untersuchung der Instrumente der Versicherungspolitik die kontinuierliche Regulierung des französischen Versicherungssektors bis hin zur Verstaatlichung der wichtigsten Konzerne zwischen 1900 und 1950 dar.

Den letzten Teil zu «Interdependenzen der Weltwirtschaft» eröffnet *Juliane Schiel* mit einer Untersuchung des venezianischen Sklavengeschäfts zwischen 1350 und 1450, in welcher sie die Bedeutung des persönlichen Beziehungsnetzes bei Transaktionen hervorhebt. *Beatrix Purchart* argumentiert in ihrem Beitrag unter Auswertung historischer Zeitreihen, dass die Übertragung der internationalen Finanzkrise von 1907 auf die Schweiz stärker durch realwirtschaftliche Nachfrageschocks und weniger durch monetäre Angebotsschocks erfolgte. *Sebastian Alvarez* beleuchtet die Schuldenkrise von 1982 bis 1989 und argumentiert, dass die US-Behörden infolge der Mexikokrise bei der Implementierung der Massnahmen zur Stützung des internationalen Finanzsystems eine führende Rolle einnahmen. Der Beitrag von *Patricia Hongler* verortet schliesslich den OEEC-Bericht zur Kakaowirtschaft von 1956 in seinem Entstehungskontext und insbesondere im Prozess der Dekolonisierung.

Der Tagungsband versammelt eine Reihe sehr innovativer und fundierter Beiträge und eröffnet neue und äusserst interessante Sichtweisen auf wirtschafts-

historische Themen, wobei die Qualität der Beiträge selbstredend variiert. Insgesamt zeigt sich eine erfreuliche Vielfalt an Fragestellungen. Entsprechend der Intention der Tagung zeigen die Artikel im Allgemeinen nur durch den Bezug zur Wirtschaftsgeschichte eine lose Verbindung auf und sind durch ein grosses Spektrum der thematischen und methodischen Zugänge gekennzeichnet. Die geographischen Untersuchungsräume umfassen in der Mehrheit die Schweiz (in transnationaler Perspektive), verschiedene Artikel fokussieren aber auf andere Weltregionen. Ebenso variieren die behandelten Zeitabschnitte, wobei das Schwergewicht auf dem 20. Jahrhundert liegt.

Die Beiträge in deutscher, französischer und englischer Sprache spiegeln die Schwerpunkte und Traditionen der einzelnen Universitäten in der Forschungslandschaft der schweizerischen Geschichtswissenschaften wider. Forschende der Mehrheit der schweizerischen Universitäten, namentlich der Universitäten Basel (2), Bern (1), Genf (1), Lausanne (2), Luzern (4) und Zürich (3) haben Beiträge zum Sammelband beige-steuert, wobei mit vier Autor/-innen auffallend viele Forschende an der Universität Luzern tätig sind. Der Tagungsband ist nicht zuletzt auch ein Abbild dieser verschiedenen Forschungstraditionen.

Der Sammelband wird insofern seinem Anspruch weitgehend gerecht, die Breite der wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen in der Schweiz abzubilden. Der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte kommt das Verdienst zu, den Dialog zwischen den Historikerinnen und Historikern unterschiedlicher Forschungsausrichtungen über die Sprachgrenzen hinaus zu fördern und Brücken zwischen den verschiedenen Forschungsansätzen zu schlagen. Trotz der erfreulichen Tendenz zu einem offenen Austausch von Forschenden unterschiedlicher Ausrichtung, die allenthalben zu beobachten ist, führt der Sammelband andererseits erneut vor Augen, dass die Methodendiskussionen, welche die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahrzehnten geprägt haben, bis heute nachwirken. So treten auch in einigen der Beiträge (methodische) Abgrenzungen und Vorbehalte nach wie vor leise hervor. Es ist zu hoffen, dass diese Skepsis in Zukunft endgültig abgelegt, Synergien und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, die ohne Zweifel bestehen, besser genutzt und die Potenziale, die eine methodisch offene Wirtschaftsgeschichte bietet, verstärkt ausgeschöpft werden.

Florian Müller, Zürich

Gisela Hürlimann, André Mach, Anja Rathmann-Lutz, Janick Marina Schaufelbuehl (Dir.), **Lobbying. Die Vorräume der Macht – Les antichambres du pouvoir**, Zürich: Chronos Verlag (Annuaire suisse d'histoire économique et sociale, No. 31), 2016, 268 pages.

En ces temps où la question des élites au pouvoir et des liens qu'elles entretiennent avec les lobbies soulèvent de nombreuses questions et également une demande d'un contrôle accru, cet ouvrage propose d'apporter sa pierre à un domaine encore relativement peu étudié en Suisse. Il recueille principalement des contributions historiques auxquelles s'ajoutent quelques articles de chercheurs en sciences politiques. Le volume nous permet de découvrir différents types de lobbyismes dans des contextes très différents. Afin de contextualiser le champ de recherche, une introduction présente rapidement l'historiographie globale du lobbyisme et des différents courants qui ont existé, et replace la Suisse dans son cadre néocorporatiste. Les auteurs soulignent que, dans le cas suisse, cette catégorisation doit être nuancée en raison des instruments de démocratie directe, laquelle

permet à certains groupes plus marginaux de mettre leurs revendications à l'agenda politique.

Un article de *Pepper D. Culpepper* vise à poser le cadre théorique. D'après ce chercheur, le pouvoir des lobbies augmente au fur et à mesure que l'intérêt du public pour un sujet diminue. Ce qui est déterminant dans la possibilité d'un acteur à faire prévaloir ses intérêts par du lobbying dépend de la «political salience» du sujet en question. En effet, si le public est attentif, les politiciens doivent prendre ce fait en compte car il en va de leur intérêt politique immédiat et les groupes d'intérêts ont dès lors moins de poids dans les décisions. Ceci va de pair avec le cadre dans lequel sont prises les décisions, il peut être très formel, comme le Parlement, ou alors moins, lorsque les décisions sont prises «derrières des portes closes».

La suite de l'ouvrage se divise en quatre parties, la première comporte trois études sur les cas de lobbying durant les époques médiévale et moderne. *Philippe Rogger*, s'intéresse aux stratégies mises en place par les seigneurs de guerre européens autour de 1500 pour accéder, par clientélisme notamment, au marché des mercenaires de la Confédération. De son côté, *Andreas Würzler* étudie la correspondance, durant la guerre de Trente ans au 17^e siècle, de la famille patricienne bernoise des Erlach dans un cas de lobbying par correspondance ou réseau familial. L'auteur s'intéresse aux tentatives faites par la famille pour influencer le Conseil de Berne ou la Diète fédérale. Les membres de la famille Erlach en question, Franz Ludwig et Hans Ludwig, cherchent par là à obtenir des charges politiques ou des postes d'officiers dans le commerce des mercenaires. Enfin, *Isabelle Schürch* recherche quelles formes a pu prendre le processus de représentation d'intérêts au 14^e siècle dans le royaume de l'évêque de Bâle, dans le cadre d'une dispute légale.

Le second chapitre du livre se penche, avec quatre recherches, sur les associations économiques et leur implication dans le processus de décision fédérale. Tout d'abord, *Marion Ronca* s'intéresse aux grandes associations syndicales et patronales dans la définition de la politique conjoncturelle durant la période d'après-guerre. Ces dernières mènent, à partir de 1947, une nouvelle forme de coopération avec le gouvernement de part leur incorporation au processus législatif. Ensuite, *Manuel Dür* montre, lors de l'opposition entre l'industrie pharmaceutique (par le biais d'Interpharma) et du Concordat suisse des caisses maladies au sujet de la révision de la Loi sur les brevets de 1954, comment un accord entre les deux acteurs scelle l'acceptation de la loi. *Dür* propose une analyse en fonction du cadre théorique de *Culpepper* exposé au début du livre. *Roman Wild* s'intéresse quant à lui, dans le cadre de la crise des années 1930, au rôle des secrétaires patronaux, archétypes des lobbyistes modernes, et à leurs activités de communication ainsi qu'aux conséquences induites au processus législatif. *Wild* trouve un cas d'exemple dans l'industrie de la chaussure. Enfin, *Andrea Franc* étudie la «Schoggigesetz» de 1975, ce qui lui permet de montrer que les acteurs, pour gagner un scrutin majoritaire, doivent souvent faire des alliances avec d'autres acteurs, ce qui est le cas ici du Vorort qui soutient la position des milieux paysans.

Le troisième chapitre, «Autres groupes et impacts sur le processus législatif», s'intéresse à des groupes n'ayant pas d'accès institutionnalisé ou direct à l'administration ou au Parlement. Ces groupes développent dès lors des stratégies différentes, notamment plus conflictuelles et utilisent la mobilisation de leurs membres ou encore ont recours aux outils de démocratie directe. *Anna Eigenmann* s'intéresse aux campagnes de terrain et aux contacts privilégiés avec des politiciens de

l'administration par la *Soziale Käuferliga des Schweiz*. C'est donc par diverses mobilisations, durant la première moitié du 20^e siècle, que cette organisation s'active en faveur de la protection du travail à domicile. Ensuite, *Thierry Delessert* s'intéresse au processus qui va restructurer et renforcer diverses organisations homosexuelles de par leur consultation lors du processus, durant les années 1970, de révision du code pénal de 1942. Enfin, la contribution de *Steven Eichenberger*, *André Mach*, *Andrea Pilotti* et *Frédéric Varone* s'intéresse aux parlementaires fédéraux directement et montre l'évolution de leurs liens d'intérêts. Cet article montre qu'au fil du temps, depuis les années 1970, les associations économiques traditionnelles perdent en importance au profit des groupes d'intérêt public.

Le quatrième et dernier chapitre compte quatre articles qui s'intéressent aux «Expériences cantonales». Dans un premier temps, *Brigitte Ruckstuhl* et *Elisabeth Ryter* s'intéressent à la promotion des causes des femmes au travers de l'action et des succès de la *Zürcher Frauenzentrale* en tant qu'association faîtière de diverses associations féminines. Ensuite, *Gérard Duc* et *Olivier Perroux*, eux aussi en s'inspirant du cadre d'analyse de *Culpepper*, étudient l'impact des lobbies routiers dans deux villes suisses, Genève et Bâle, l'enjeu étant le démantèlement des tramways. Le résultat très différent entre les deux cas permet de mettre en évidence l'importance de l'arène dans laquelle est débattue la question. Quant à elle, *Flavia Grossmann* s'intéresse particulièrement l'action de *Crisitina Allemann-Ghionda*, une figure centrale derrière l'organisation de diverses initiatives pour les migrants à Bâle-Ville, ceci dans le contexte chargé des années 1960–1970, durant lesquelles de nombreuses initiatives anti-immigration ont lieu notamment au niveau fédéral. Enfin, *Mariama Kaba* étudie les débuts (1950–1970) de l'Association genevoise des parents d'enfants infirmes moteurs cérébraux, qui met notamment en lumière l'influence que peuvent avoir les associations de défense des personnes infirmes sur la société civile, ici en participant activement au développement de la politique de leur prise en charge.

Joël Swai Praz, Lausanne

Bertrand Forclaz, Philippe Martin, **Religion et piété au défi de la guerre de Trente Ans**, Rennes: Presses universitaires de Rennes, 2015 (Collection «Histoire»), 345 Seiten.

Im Gegensatz zum frankophonen gibt es im deutschen und angelsächsischen Raum eine breite Literatur zum Dreissigjährigen Krieg, insbesondere zu dessen religiös-konfessionellen Aspekten. Es war daher ein grosses Verdienst von Bertrand Forclaz und Philippe Martin, dieses Thema im Kreis von deutschen, schweizerischen, italienischen, französischen, belgischen und niederländischen Historikern zu diskutieren und deren Referate herauszugeben. Im September 2013 und im Januar 2014 fanden an den Universitäten Lyon und Neuenburg internationale Kolloquien zum Thema «Krieg und Religion im Dreissigjährigen Krieg» statt. Ein grosser Teil der dabei gehaltenen Vorträge und einige ergänzende Beiträge finden sich im vorliegenden Band.

Drei Fragen standen während der Kolloquien und stehen im Tagungsband im Zentrum: Wie veränderte der Krieg die Beziehungen zwischen den politischen und militärischen Autoritäten und den religiösen Menschen? Wie verhielt sich der Klerus unter dem Eindruck der Schrecken des Krieges? Und wie wandten sich die Gläubigen im Angesicht von Gewalt und Zerstörung dem Himmel zu?

Bertrand Forclaz und *Philippe Martin* führen mit einer substantiellen Einleitung in die Thematik von Religion und Frömmigkeit im Zeitalter des Dreissig-

jährigen Krieges ein. Sie weisen darauf hin, dass die regional orientierte Forschung, verbunden mit der Untersuchung individueller Schicksale, eine erstaunlich grosse Vielfalt an religiösen Einstellungen aufzuzeigen vermag. Wenn man nur starre religiös-konfessionelle Positionen erwartete, so staunt man, dass der Krieg im Gegenteil vielen die Möglichkeit gab, ihren Glauben ganz individuell zu leben und zu bezeugen. Allerdings: Das Religiöse und Konfessionelle hatte damals eine heute kaum mehr vorstellbare Bedeutung, vor allem in der ersten Phase des Dreissigjährigen Krieges, während gegen Ende Staatlichkeit und Staatsinteresse wichtiger wurden als Konfession und Religion.

Die Beiträge sind drei Themen zugeordnet: Politik und Konfession; die Geistlichkeit in Aktion; Frömmigkeit und Verehrung.

Der erste Teil enthält folgende Beiträge: *Nina Fehrlen-Weiss* und *Anton Schindling* stellen die Errichtung der Mariensäulen in München, Wien und Prag im Dreissigjährigen Krieg beziehungsweise kurz danach dar. Der Marienkult spielte in der Abgrenzung zu den Protestanten eine wichtige Rolle. *Nicolas Simon* schreibt über Krieg und Religion als wichtigen Einflussfaktor auf die politischen Entscheide in den Spanischen Niederlanden. *Axelle Chassagnette* setzt sich mit dem konfessionellen Inhalt der deutschen Flugblätter auseinander – der Dreissigjährige Krieg kann ja durchaus als «Krieg der Flugblätter» bezeichnet werden. Auch *Willem Frijhoff* verweist auf neue Informationsmittel in den Niederlanden, nämlich auf die eigentliche Geburt der Presse. *Julien Léonard* schreibt über die Reformierten in Metz. Da dort die Hälfte der Bevölkerung protestantisch war, hatte Metz besondere Erfahrung in konfessioneller Koexistenz. *Verena Villiger* und *Jean Steinauer* stellen die Brüder König aus Fribourg als Söldner auf den Kriegsschauplätzen des Dreissigjährigen Krieges und als Produkte der Gegenreformation vor.

Der zweite Teil wird eröffnet von *Cédric Andriot*, der den Heiligen Pierre Fourier vorstellt. Als Pfarrer in Mattaincourt zeichnete sich dieser neben seinem priesterlichen Wirken vor allem durch seine karitativen und sozialen Unternehmungen aus. Von ihm sind gut tausend Briefe erhalten, die ein detailliertes Bild des Krieges wiedergeben: Hunger, Tod, Pest, Resignation, aber bisweilen auch Hoffnung. *Philippe Desmette* schildert den Dreissigjährigen Krieg in den Niederlanden anhand der Korrespondenz des interimistischen Nuntius Richard Pauli-Stravius. *Fabienne Henryot* stellt die karitative Tätigkeit von Vinzenz von Paul, dem eigentlichen Begründer der neuzeitlichen Caritas, im durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Grenz- und Kriegsgebiet Lothringen vor. Über – einfache – Priester in Böhmen, welche unter der Soutane ein bedeutendes Talent als Kriegsherren verbargen, berichtet *Nicolas Richard*. Auch in Prag begnügte sich zur Zeit der Belagerung 1648 ein nicht zu unterschätzender Teil des Klerus nicht mit der moralischen Unterstützung der Verteidiger, sondern beteiligte sich selber an den Kämpfen, wie es *Olivier Chaline* beschreibt. Natürlich war auch die seelsorgerliche Betreuung der Soldaten eine wichtige Aufgabe des Klerus, *Silvia Mostaccio* schreibt darüber; und «foi et discipline» war eine Forderung in den Katechismen für die spanischen Soldaten (Beitrag von *Vincenzo Lavenia*).

Der dritte Teil beginnt mit einem Beitrag von *Alain Lottin*, der die Ereignisse rund um die wundersame Aufhebung der Belagerung von Cambrai 1649 schildert, die auf die Unterstützung Marias zurückgeführt wurde. *Jean-François Ryon* beschreibt eine ähnliche Situation in Salins-les-Bains, wo man 1639 beschloss, eine Kapelle zu Ehren Marias zu bauen, sollte die Stadt von den Belagerern befreit

werden. Um die Gott zugeschriebene Rolle geht es auch in der Schilderung der Belagerung von Dole 1636 durch Jean Boyvin, welche *Corinne Marchal* vorstellt, und in der von Pfarrer Jean Delhotel verfassten Darstellung der Belagerung von Avioth in Lothringen, die von *Philippe Martin* erforscht wird. Mit der lutheranischen Frömmigkeit beschäftigt sich *Laurent Jalabert* in seinem Beitrag zum einflussreichen Johann Michael Moscherosch, bekannt durch seine Sammlung satirischer Erzählungen unter dem Titel *Wunderliche und Wahrhaftige Gesichte Philanders von Sittewald*. Visionen und Wundererzählungen finden sich auch im Beitrag von *Claire Gantet* beschrieben, vor allem jene von Jan Amos Komensky (Comenius). Mit einer Darstellung des Heiligen Fidelis von Sigmaringen, der bekanntlich 1622 in den Bündnerwirren den Tod fand, ergänzt *Matthias Ilg* diesen Teil.

Kaspar von Greyerz und *Yves Krumenacker* schliessen den Band mit einer sehr guten, vielsagenden und differenzierenden Zusammenfassung ab.

Der Tagungsband bietet einen wertvollen Überblick über die heute nur noch schwer zu verstehenden engen Beziehungen zwischen Religion, Frömmigkeit und Konfession und zwischen diesen und der Politik. Alle Beiträge bilden ohne Zweifel eine wertvolle Grundlage für künftige vertiefende Untersuchungen und für eine sehr erwünschte Gesamtdarstellung für alle, welche sich wissenschaftlich fundiert mit dieser Zeit befassen wollen.

Für das Verständnis der Zusammenhänge wäre es wohl für jemanden, der sich nicht intensiv mit dieser Zeit befasst hat, hilfreich gewesen, wenn in einleitenden und/oder übergreifenden Kapiteln die grossen Linien der Ereignisse dieser Zeit dargestellt worden wären. Auch hätte es den Leser natürlich sehr interessiert, zu erfahren und nachvollziehen zu können, wie einfache Menschen den religiös-konfessionellen Konflikt und die Gräuel des Krieges erlebten. Doch ist die Quellenlage dazu dürftig, auch wenn einzelne Schriften wie zum Beispiel diejenigen Moscheroschs viel dazu beitragen, auch diese Dimension der Geschichte zu erschliessen.

Josef Inauen, Steffisburg

Claudia Ulbrich, Kaspar von Greyerz, Lorenz Heiligensetzer (Dir.), **Mapping the «I». Research on Self-Narratives in Germany and Switzerland**, Leiden/Boston: Brill, 2015, 300 pages.

Cet ouvrage collectif est le résultat de la collaboration pluriannuelle entre deux groupes de recherche travaillant autour des écrits du for privé et dirigés respectivement par Kaspar von Greyerz (Université de Bâle) et Claudia Ulbrich (Université libre de Berlin).

Le volume ne propose pas de contributions totalement inédites, mais réunit principalement des articles déjà parus, en partie revisités, ici traduits et présentés au lecteur en langue anglaise. Par conséquent, l'ouvrage n'a pas pour but de pointer l'état de la recherche en 2015, mais plutôt de rendre compte des évolutions conceptuelles et méthodologiques que ce domaine a connues durant les vingt dernières années environ. Le champ d'études sur les écrits du for privé, appelées aussi écrits personnels ou egodocuments, s'est en effet beaucoup développé ces dernières décennies.

L'ouvrage est divisé en trois parties. La première, intitulée *Inroads*, propose principalement des réflexions de type méthodologique, en soulignant la variété des typologies de récits du for privé (autobiographies, journaux intimes et de voyage, livres de famille et de raison, correspondances,...). La contribution de Gabriele Jancke et Claudia Ulbrich, publiée pour la première fois en 2005, discute

de manière critique les théories qui ont voulu lier la naissance de l'individu dans l'Occident moderne à l'essor de l'écriture autobiographique. En présentant en détail le concept et les méthodes avec lesquels l'équipe berlinoise a travaillé dans le cadre de son projet, l'article propose un nouveau modèle d'analyse axé non sur l'idée d'individu, mais sur celle, plus ouverte et moins connotée, de personne. Lui fait écho l'article de Lorenz Heiligensetzer qui résume les principaux résultats de la recherche menée du côté suisse depuis le milieu des années 1990 en relation, notamment, avec le projet de recensement des écrits personnels en langue allemande conservés dans les archives et les bibliothèques publiques de Suisse entrepris par l'équipe dirigée par Kaspar von Greyerz. Ce dernier montre dans son article de quelle manière exploiter les egodocuments pour affiner notre compréhension de la société d'Ancien Régime. La contribution de Gudrun Piller en étudiant la narration du corps dans les egodocuments souligne l'importance de se montrer attentif à la dimension rhétorique et discursive de ces sources.

Sous le titre *Approches*, la deuxième partie propose une série de lectures thématiques d'egodocuments dans le but d'illustrer les différents angles sous lesquels on peut questionner ces sources foisonnantes en informations en tout genre. Ainsi Angela Heimen articule son article autour des nombreuses références à la nourriture (ou à la carence de nourriture) qu'on peut trouver dans l'autobiographie du Suisse Thomas Platter (1499?–1582). Elle montre de quelle manière ces références renvoient, dans la construction que Platter fait de son récit, à des enjeux symboliques (dépendance, partage, pouvoir). Gabriele Jancke étudie les rapports sociaux et de genre dans les régions germanophones entre 1400 et 1620 et cela sur la base d'une recherche qui lui a permis d'accéder à plus de 200 textes autobiographiques. Elle souligne la façon dont les auteurs d'autobiographies se mettent fréquemment en scène par rapport à leur réseau de relations sociales. Andreas Bähr analyse, quant à lui, la sémantique du suicide dans des textes allemands de la seconde moitié du XVIII^e siècle. En étudiant deux textes laissés par des personnes suicidées, il répertorie les arguments mobilisés par ces dernières afin de justifier leur acte devant la société. Fabian Brändle s'intéresse finalement à l'autocensure dans l'autobiographie du colporteur suisse Gregorius Aemisegger (1815–1913). Brändle, qui pointe les silences de la source, rappelle les précautions à prendre en étudiant ces textes et insiste sur l'importance de les croiser avec d'autres sources afin de ne pas se faire prendre au piège de leur construction narrative.

La troisième partie, intitulée *Cartography*, présente des contributions construites autour d'une typologie de sources. L'article de Claudia Ulbrich se focalise ainsi sur les livres de famille et chroniques familiales à la fin du Moyen Âge. Après avoir dressé un bilan historiographique de la recherche sur ce type de support en Allemagne, elle propose de nouvelles pistes. Elle invite à creuser davantage le lien entre la doctrine domestique du Bas Moyen Âge et celle économique du début de l'époque moderne ou à étudier la construction narrative des livres de famille. Thomas Max Safley et Patricia Zihlmann-Märki étudient, quant à eux, des autobiographies. Le premier aborde les textes de trois marchands augsbourgeois ayant vécu à cheval entre le XVI^e et le XVII^e siècle afin de démontrer l'intérêt de ces sources personnelles pour l'histoire économique. La seconde fait une lecture de l'autobiographie du marchand bâlois Lucas Forcart-Respinger (1789–1869) dans le but d'étudier les nombreuses références que l'auteur fait à la mort et à l'au-delà. Enfin Sophie Ruppel se consacre à une analyse de la correspondance dans le milieu aristocratique allemand du XVII^e siècle. Elle montre de

quelle manière ces échanges combinent plusieurs dimensions: politique, informative, familiale, émotionnelle.

À souligner que plusieurs contributions prennent en compte la perspective du genre ainsi que des écritures féminines (notamment von Greyerz, Heiligensetzer, Jancke, Ulbrich, Ruppel). C'est grâce à des projets du type de ceux menés par les deux équipes dont il est question ici que plusieurs écrits personnels féminins ont été repérés dans les archives et par la suite mis en valeur.

L'un des principaux mérites de l'ouvrage – publié dans la collection «Egodocuments and History Series» éditée par Arianne Baggerman, Rudolf Dekker et Michael Mascuch – est de montrer la richesse des egodocuments en tant que sources historiques. À saluer aussi la mise à disposition pour un public international non germanophone des importantes recherches menées ces dernières années en Allemagne et en Suisse alémanique.

Miriam Nicoli, Université de Lausanne

Ellen Wayland-Smith, **Oneida. From Free Love Utopia to the Well-Set Table**, New York: Picador, 2016, 310 Seiten.

Lebens- und Sexualreform, die Verwirklichung des eigenen Selbst in einer Kommune auf dem Land und das langsame Scheitern propagierter Ideale bis hin zur völligen Umkehrung der Handlungsprinzipien sind Themen, die in der mitteleuropäischen Sozialgeschichte den Zeitraum nach 1900 betreffen. Selten spielt die religiöse Erweckung eine wichtige Rolle. Doch die an der *University of Southern California* tätige Linguistin und Historikerin Ellen Wayland-Smith zeigt auf, dass in den USA die Lebensreformbewegung erheblich früher einsetzte und von anderen gesellschaftlichen Zwängen motiviert wurde als die Akteure in Mitteleuropa.

Nach der Sicherung der eigenen Unabhängigkeit im letzten Krieg gegen Grossbritannien 1812 bis 1814 begann in den USA eine Phase der gesellschaftlichen und insbesondere religiösen Kontrolle. Gegen politische Bevormundung und polizeiliche Überwachung des Privatlebens unter der tätigen Mithilfe zahlreicher religiöser Autoritäten rebellierte ab den 1830er Jahren eine Anzahl jüngerer, gut ausgebildeter und wohl situerter Männer, die gekonnt sexuelle Emanzipationsanstrengungen mit theologischen Begründungen verbanden. Besondere Bedeutung kam hierbei dem an der *University of Yale* graduierten John Humphrey Noyes (1811–1886) zu. Er gründete mit Gleichgesinnten aus seinem Freundeskreis nach langjähriger Planung 1848 die *Oneida Community* im Hinterland von New York, die trotz des Titels in keinem Bezug zur gleichnamigen *Indian Nation* stand.

Von zunächst 87 Mitgliedern wuchs die Gemeinschaft bis 1852 auf 208 Akteurinnen und Akteure und erreichte 1878 mit 306 Mitwirkenden ihren Höhepunkt. Zentrale Werte waren die Vergesellschaftung des Eigentums und die Polyamorie («complex marriage»). Noyes begründete dies mit der Neuinterpretation der Bibel, wonach allein eine umfassende sexuelle Betätigung und uneigennütziges ökonomisches Engagement den Weg ins Himmelreich öffnen würden. Noyes war nicht allein in seinen Überlegungen zur Neubegründung einer Kirche auf amerikanischem Boden. Zeitgleich entfaltete der Prophet Joseph Smith (1805–1844) seine Tätigkeit und gründete die *Church of Mormon*.

Wie Wayland-Smith herausstellt, handelte es sich bei der «complex marriage» nicht um die Verwirklichung einer Sexkommune, wie sie um «1968» entstehen sollten. Vielmehr sollte so die Mitgliederzahl vermehrt werden. Die Erziehung

des Nachwuchses oblag Frauen, die keine Kinder mehr gebären konnten (oder wollten). Als die Theorien Charles Darwins (1809–1882) in den 1860er Jahren rezipiert wurden, entwickelte Noyes das Projekt «Stirpiculture», wodurch die Zeugung von Nachwuchs vor allem als besonders «hochwertig» eingestuftem Vätern vorbehalten sein sollte – die übrigen Männer sollten sich im «Coitus reservatus» üben. Über die sexuelle Erziehung des Nachwuchses durch ältere Kommunardinnen und Kommunarden entbrannte in den 1870er Jahren ein Streit, der von einer zunehmend kontrollinteressierten Obrigkeit beobachtet wurde. Längst befand sich die *Oneida Community* nicht mehr am Ende der Welt wie in den 1840er Jahren, sondern mitten zwischen den im Bundesstaat New York gelegenen aufblühenden Industriestädten Syracuse und Utica. Dadurch stellte sich die Frage, ob eine gesellschaftliche Utopie in Nachbarschaft zu Fabrikschornsteinen überhaupt möglich war. Auch hatte sich durch die Industrialisierung die Haltung bürgerlicher Reformer zu Privateigentum, Kommunalisierung und sexueller Freiheiten erheblich verändert. Davon blieb die *Oneida Community* nicht unberührt. Schliesslich kam es 1878/79 zur offenen Rebellion innerhalb der Gemeinschaft, als der alternde Gründervater seine Führungsrolle auf seinen (unfähigen) Sohn Theodore übertragen wollte. Als äusserer Anlass diente das Prinzip der «complex marriage» und die damit verbundene Frage nach der Tragweite von sexueller Entfaltung und Sexualerziehung. Um sein Projekt zu retten, empfahl Noyes senior 1879 die Abschaffung der sexuellemanzipatorischen Aspekte. Damit war die *Oneida* aber ihres Alleinstellungsmerkmals beraubt und es kam zu weiteren Absetzbewegungen. Die verbliebenen Angehörigen schlossen konventionelle Ehen und verwandelten die zuvor gemeinschaftlich betriebenen Werkstätten in eine Aktiengesellschaft, die sich bis 1920 auf die Herstellung und Vermarktung von versilbertem Tafelbesteck konzentrierte und darin zum Marktführer avancierte. Die Erinnerung an die eigenen Wurzeln blieb zwar erhalten und wurde konserviert – aber auch zunehmend versteckt. 1947 schliesslich beschlossen die Erben des ersten eugenischen Aufzuchtprojekts in der Geschichte der USA, die Erinnerung an die eigene Herkunft für immer zu vernichten. Das Archiv der *Oneida Community* wurde verbrannt, ihre Geschichte mit Hilfe eines Soldschreibers umkonstruiert und die Firma als konservatives Produkt eines konventionellen Ostküstenprotestantismus neu präsentiert. Allerdings hatten nicht alle Angehörigen von *Oneida* ihre Unterlagen an das Kommune-Archiv abgetreten, sodass das vorliegende Buch entstehen konnte. Die Autorin ist eine Nachkommin von John Humphrey Noyes.

Kritisch ist anzumerken, dass Wayland-Smith die zeitgenössischen populären Gesundheitsdiskurse erstaunlich wenig einbezieht, etwa hinsichtlich der Schädlichkeit des Korsetts für Frauen oder der möglichen therapeutische Wirkung von Bädern. Hierüber wurde dies- und jenseits des Atlantiks in Zeitungen und Ärztekreisen gleichermassen debattiert. Auch die Beziehungen zwischen der *Oneida Community* und den nordamerikanischen religiösen Erweckungsbewegungen werden nicht thematisiert.

Gleichwohl handelt es sich beim vorliegenden Werk um ein wichtiges Buch zum Verständnis von Aufstieg, Glanz und Untergang eines religiös induzierten sozialen Projekts. Gewisse Parallelen zu späteren Ereignissen in der deutschsprachigen Lebensreformbewegung (z.B. die wechselvolle Identitätssuche von Theosophie/Anthroposophie) sind erkennbar, doch zeigen sich auch die grossen Unterschiede zwischen Projekten dies- und jenseits des Atlantiks. Wayland-Smith

bedient sich zudem einer gefälligen und gut verständlichen Sprache. Ein umfangreiches Register rundet das Werk ab. *Florian G. Mildenberger, Frankfurt*

Daniela Saxer, **Die Schärfung des Quellenblicks. Forschungspraktiken in der Geschichtswissenschaft 1840–1914**, München: Oldenbourg, 2014 (Ordnungssysteme 37), 459 Seiten, 1 Abbildung.

Daniela Saxers Dissertation entstand aus dem Impuls, in der Geschichte der Geschichtswissenschaft eine Perspektive auf epistemische Praxis zu etablieren, die einerseits Entwicklungen in den Fachdiskussionen der Wissenschaftsgeschichte für den geisteswissenschaftlichen Bereich nachvollziehen, andererseits aber auch zu diesen Diskussionen einen genuinen Beitrag leisten sollte. Gebrochen werden sollte mit einer Historiographie, die sich überwiegend als fachinterne Ideen-, Ideologie- und Institutionengeschichte darstellte. Die Praxeologie sollte eine Historisierung des historischen Wissens selbst ermöglichen. Geleitet werden sollte diese Historisierung durch Untersuchung der Abhängigkeiten des historischen Wissens von Medien, alltäglichen Arbeitsprozessen, verstreuten Materialien sowie vielfältigen Formen von Soziabilität, die älteren wissenschaftssoziologischen Perspektiven geradezu systematisch entgangen waren.

In Form einer synthetischen Arbeit lässt sich ein solches Forschungsprogramm kaum einlösen, wie auch andere mittlerweile erschienene Arbeiten – die Saxer leider nur noch zum Teil auswerten konnte – gezeigt haben. Das Programm erfordert einen detailgenauen Ansatz, der auch in der Lage sein muss, die biographische Gebundenheit historischer Forschung zu erfassen. Saxers Untertitel ist daher etwas ungenau; die Arbeit ist weniger auf «die» Geschichtswissenschaft insgesamt zugeschnitten als vielmehr auf konkrete institutionelle und forschungspraktische Zusammenhänge des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung (IÖG) einerseits, des Schweizerischen Urkundenregisters und des Historischen Seminars der Universität Zürich andererseits. Die Anlage ist die eines nicht durchgängig formalisierten Vergleichs. In den Kapiteln des ersten Teils, die sich vor allem der «hilfswissenschaftlichen» Professionalisierung der Mediävistik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts widmen, werden die österreichischen und schweizerischen Entwicklungen jeweils kontrastiert. Dagegen steht in den Fallstudien, die den zweiten Teil des Buchs ausmachen, jeweils einer der beiden Kontexte im Vordergrund. Bis auf weiteres übersteigt die Komplexität der praxeologischen Perspektive die Möglichkeiten eines kontrollierten sozialwissenschaftlichen Vergleichs. Die Veränderungen, die der Ansatz in der Sicht auf Historiographie als Feld einfordert, sind keineswegs trivial.

Im ersten Kapitel werden die «Agenturen» der historischen Forschung eingeführt, im zweiten die Formen der disziplinären Vermittlung von Forschung in Wien und Zürich. Hier finden sich auch Überlegungen zur thematischen Ausdifferenzierung des historischen Wissens, zum Beispiel im Zusammenhang mit kultur- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsströmungen im 19. Jahrhundert. Das dritte Kapitel greift die von Daston und Sibum eingeführte Begrifflichkeit der «wissenschaftlichen Persona» auf, das heisst der sozialen Gestaltung wissenschaftlicher Subjektivität, die das Fundament bildet, auf dem Saxers Neologismus des «Quellenblicks» aufbaut. Dieser Begriff bezeichnet ein Ensemble disziplinär eingeübter Lektüretechniken, die sich zu einer normativ aufgeladenen emotionalen und intuitiven Disposition zur Beurteilung der Dokumente verdichteten. Das vierte Kapitel diskutiert Familie und Geschlecht als vernachlässigte

wissenschaftssoziologische Komponenten und forschungsökonomische Ressourcen der Historiographie (Verwandtschaft, familiäre Vererbung von Nachlässen, Mitarbeit von Ehefrauen). Es folgen drei Fallstudien zu den «Sammlungspraktiken» des Schweizerischen Urkundenregisters (Kap. 5), zur photographischen Reproduktion mittelalterlicher Urkunden am IÖG (Kap. 6) und zur diplomatischen Editionspraxis ebenda (Kap. 7).

Unter den Bestandteilen der Praxis historischer Forschung gibt die Untersuchung durchgehend Archiv und Quelle den Vorzug, also dem Material der Forschung, das aus Sicht der Arbeit tendenziell als wichtigste Determinante der Praxis fungiert. Alle untersuchten Praktiken basieren auf der Zirkulation und Manipulation materialer historischer Dokumente, was nahelegt, dass für Saxer der Prozess des eigentlichen Schreibens von Geschichte erstens nachgängig und zweitens nachrangig, weil epistemologisch weniger problematisch ist. Auf diese Weise entsteht eine konzeptionelle Lücke, deren Umriss erstaunlicherweise der materialdeterministischen Sicht auf das historische Wissen, die für das methodologische Selbstbild der untersuchten Historiker des 19. Jahrhunderts charakteristisch war, recht genau entspricht. Problematisch ist ausserdem eine gewisse Unschärfe in der praxeologischen Ausrichtung der Arbeit, in der zwar nicht konzeptionell, wohl aber dem Aufbau des Arguments nach der Wissenschaftssoziologie ein Primat vor der Analyse frei zirkulierender wissenschaftlicher Subjekte und Objekte in der Arbeitssituation eingeräumt wird. Die zentrale argumentative Funktion des «Blicks» auf die Quelle – im Sinn einer sozial konstituierten Subjektivität – verstetigt diese Unschärfe noch.

Diese kritischen Anmerkungen sollen aber die Verdienste von Saxers Studie keineswegs schmälern. Die Untersuchungen über die Persona des Historikers leisten einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der sozialen Herstellung von Objektivität in der Geschichtswissenschaft. Herausragend ist aus praxishistorischer Sicht das Kapitel zu den photographischen Urkundenreproduktionen, das dazu einlädt, über die Material- und Mediengeschichte der Kopier- und Vervielfältigungsverfahren weiter nachzudenken. Ein solches Nachdenken würde gewiss auch die interdisziplinäre Lage der historischen Epistemologie der Geisteswissenschaften im 19. Jahrhundert noch stärker herausstellen, wie sie sich etwa in dem von Saxer nur knapp angeschnittenen philologischen Studium Theodor Sickels bei Karl Lachmann andeutet.

Henning Trüper, TU Berlin

Michael R. Marrus, Robert O. Paxton, **Vichy et les Juifs (Nouvelle édition)**, Paris: Calmann-Lévy, 2015, 601 Seiten.

In 79 Deportationszügen wurden 1942 bis 1944 fast 75000 Jüdinnen und Juden aus Frankreich abgeführt, die meisten nach Auschwitz. So wenig wie das Vichy-Regime als Schutzschild für das von den Deutschen militärisch besiegte Land diente, wie es Staatschef Marschall Pétain gern gesehen hätte, so wenig war es ein solcher für die französischen Juden, die auf Kosten ihrer ausländischen Schicksalsgenossen (die man dem Besatzer ohne weiteres preisgab) hätten gerettet werden sollen, wie man in Frankreich immer noch gerne glauben möchte. Fast ein Drittel der Deportierten waren französische Bürger, die anderen ausländische Flüchtlinge.

Dies ist in etwa die Aussage des vorliegenden Buches des renommierten amerikanischen Vichy-Forschers Robert O. Paxton (New York) und seines kanadischen Kollegen Michael R. Marrus (Toronto), ein erstmals 1981 erschienener

Klassiker, der nach 35 Jahren nunmehr in einer stark (umfangmässig um rund 20 Prozent) erweiterten Auflage neu herausgegeben wurde. Die Neuauflage profitiert von einer dank der inzwischen erfolgten Öffnung der Archive erheblich breiteren Quellenbasis und ist – wie schon die erste Auflage – jenen gewidmet, die zwischen 1940 und 1944 den verfolgten Juden in Frankreich halfen ... und das war gerade nicht «la France de Vichy».

Sieben grosse Kapitel und eine ausführliche Schlussbetrachtung verfolgen das Schicksal der Jüdinnen und Juden von der Besetzung Frankreichs bis zu seiner Befreiung, nicht ohne auf die bedrohlichen Anfänge des späteren Vichy-Antisemitismus in den krisenhaften 1930er Jahren zurückzugreifen, die sich von der nach Zehntausenden zählenden jüdischen Zuwanderung nach 1933 und 1938 nährten.

Schwerpunkt des Bandes sind die auf rund 300 Seiten behandelten Jahre 1940 bis 1942, als unter Admiral François Darlan (ab Februar 1941 faktisch an der Spitze der Vichy-Regierung) und dem Generalkommissar für Judenfragen Xavier Vallat (seit März 1941) einschneidende und in der Regel von Vichy selber ohne allzu direkten deutschen Druck verantwortete antijüdischen Massnahmen wirksam wurden, die zur Ausschliessung der Juden aus dem öffentlichen Leben und zur Liquidierung ihrer Besitztümer führten, und die von den Funktionsträgern in aller Regel loyal umgesetzt und von der Öffentlichkeit mit weitgehender Zustimmung oder jedenfalls gleichgültig aufgenommen wurden. Die Wende kam im Zuge der von der französischen Polizei am 16./17. Juli 1942 in Paris veranstalteten «grande rafle du Vél' d'Hiv'» (Vélodrome d'Hiver) und als Folge der brutalen Internierungen in ebenfalls von den Franzosen geführten Lagern wie Gurs (Basses-Pyrénées) oder Rivesaltes (Pyrénées-Orientales) und vor allem Drancy in der nordöstlichen Pariser *banlieue*, der «antichambre à Auschwitz» (S. 363) mit den seit Sommer 1942 und bis Ende Juli 1944 von hier ausgehenden Deportationen; 68 von den 79 französischen Deportationszügen starteten hier. Jetzt begann man in der Öffentlichkeit die Juden statt als Problem zunehmend als Opfer wahrzunehmen, wenngleich die nach Deutschland verfrachteten französischen Arbeitskräfte als die «wahren» Deportierten galten, nicht die Juden. Im November 1942 wurde auch das «freie» Frankreich von den Deutschen besetzt.

Die Zeit von 1942 bis 1944 mit dem Regierungschef Pierre Laval (ab April 1942), der von den Autoren recht differenziert beurteilt wird, und dem in jeder Hinsicht verachtenswerten Judengeneralkommissar Louis Darquier de Pellepoix (Mai 1942 bis Ende Februar 1944) wird auf knapp 100 Seiten präsentiert. Darquier war der Wunsch kandidat der Deutschen, den Pétain dagegen als «Monsieur le tortionnaire» angesprochen haben soll (S. 412). Jetzt ging es vor allem darum, wie weit man den Deutschen und den von ihnen in Zahlen geforderten Auslieferungen von Juden zur Füllung der Deportationszüge in die Vernichtung nachgeben wollte oder konnte, und sich auch französische Juden nicht mehr retten liessen. Unter Darquier stieg George Montandon, ein in Zürich ausgebildeter und 1936 in Frankreich eingebürgerter Schweizer Arzt, zu Vichys Rassentheoretiker auf; er wurde im Juli 1944 von der Résistance exekutiert.

Die ausführliche Konklusion zum Holocaust in Frankreich geht schliesslich zum einen der Frage nach, was man in Vichy von der «Endlösung» wissen konnte. Zum andern wird ein Vergleich mit den anderen von den Deutschen besetzten oder mit ihnen verbündeten Staaten versucht, womit die Judenverfolgung in Frankreich in einen grösseren Kontext gestellt wird. Sie unterscheidet sich insofern von allen anderen, als dieses Land weder mit Deutschland verbündet noch –

bis zum November 1942 – ganz, sondern <nur> halb besetzt war. Dies hat den Juden wegen des virulenten Antisemitismus Vichys und der Kollaboration mit den Besatzern indessen nur bedingt genützt.

Das Buch ist ein gelungener Wurf, der trotz einer breiten Anlage bei allem Detailreichtum und einer bewundernswerten Präzision in gut angelsächsischer Manier flüssig geschrieben ist. Es rückt vieles in die richtige Perspektive, so den Stellenwert des französischen Beitrags zur Judenvernichtung in Fortentwicklung einer sukzessive verschärften Anfälligkeit der ausgehenden Dritten Republik für Antisemitismus, der unter Vichy zu einem regelrechten «antisémitisme d'Etat» mutierte. Dieser erscheint (nicht nur zahlenmässig) dem italienischen nicht unähnlich, wobei letzterer von den Autoren in seiner Brutalität etwas unterschätzt wird. Dies ist in meiner Sicht aber der einzige und nur nebensächliche Kritikpunkt, den man gegen dieses ansonsten in jeder Beziehung eindruckliche Werk vorbringen kann. Einer etwa von Jacques Sémelin kritisierten Haupt-Äusserung des Buches, dass die Kernfrage nicht lauten dürfe, weshalb 75 Prozent der rund 300000 Juden Frankreichs den Holocaust überlebten, sondern weshalb dies für 25 Prozent nicht der Fall war, kann angesichts der Zuliefererdienste der französischen Polizei voll zugestimmt werden. Die Verfasser stützen deren Beantwortung auf ein höchst umfangreiches, stringent aufbereitetes Material ab, das die Verantwortung Vichys und der Träger seines Systems bis hinauf zur obersten Spitze klar belegt. Alles führt zur abschliessenden Frage: «Combien de morts y aurait-il eu en moins si les Allemands avaient été contraints dès le début d'identifier, d'arrêter et de transporter eux-mêmes, sans aucune assistance française, chacun des Juifs de France qu'ils voulaient assassiner?» (S. 522) *Carlo Moos, Zürich*

Marina Cattaruzza, Stefan Dyroff, Dieter Langewiesche, **Territorial Revisionism and the Allies of Germany in the Second World War. Goals, Expectations, Practices**, New York: Berghahn, 2014, 224 Seiten.

Die zweite Welle der Nationalstaatsgründungen in Ost- und Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg eröffnete zweieinhalb Jahrzehnte voller Revisionismus. Fast jeder Staat wollte von einem anderen Staat Gebiet und <eigene> Bevölkerung. Bekannt sind die ungarischen Rückforderungen nach dem Friedensvertrag von Trianon, in dem es zwei Drittel seines Gebietes verloren hatte. Marina Cattaruzza, Experte auf dem Gebiet der Nationalitäten und Minderheiten in Ostmitteleuropa, hat in ihrem Projekt *Territorial Revisionism* den Revisionismus unter den Bedingungen deutscher Herrschaft, also im Wesentlichen von 1938 bis 1944, untersucht. Herausgekommen ist ein Band mit zehn Beiträgen zur territorialen Revisionspolitik in Ungarn, Rumänien, Bulgarien sowie zu Polen und der Ukraine.

Marina Cattaruzza und Dieter Langewiesche erarbeiten in der Einleitung einen Analysekatlog für die Untersuchung des territorialen Revisionismus in jenen Ländern, die mit der revisionistischen Supermacht Nazi-Deutschland im Bunde waren. Wie ging die Aussenpolitik Hitlers mit den Verbündeten auf dem Balkan und in Osteuropa um? Schliesslich gab es dort deutsche Minderheiten. Wie veränderte die nationalsozialistische Hegemonialmacht die Grenzen von 1919? Welchen politischen Spielraum besaßen die Verbündeten innerhalb der deutschen <Lebensraumpolitik>? Schliesslich umfasste das nationalsozialistische Bündnissystem mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien drei Staaten, die miteinander kriegerisch verfeindet waren. Wie trugen sich umgekehrt die Revisions-

ansprüche der deutschen Verbündeten in die Politik des Völkermords und des Judenmords ein? Welche Rolle spielte die Erinnerung an Nationalitätenkämpfe in den multinationalen Monarchien in der Revisionspolitik nach 1919? Die Herausgeber gliedern die Beiträge in drei Blöcke: zu Minderheiten, zum Revisionismus im Allgemeinen und zur praktischen Umsetzung der Revisionspolitik. Abgerundet wird der Band durch eine Auswahlbibliografie, die auch Titel zu Finnland, Slowakei, Kroatien und Italien enthält – also zu Staaten, die im Band ansonsten nicht behandelt werden – und ein umfangreiches Register.

Die Beiträge kommen zu einer Reihe von erstaunlichen Ergebnissen. Die deutsche Revisionspolitik konnte sich lange nicht auf die eigenen Minderheiten in Rumänien und der Tschechoslowakei stützen. Diese forderten stattdessen Minderheitenrechte. Erst als das misslang, wurde der Anschluss an das Reich zu einer Option für die Sudetendeutschen (Franz Sz. Horvath). In den Wiener Schiedsprüchen von 1938 und 1940 trat Rumänien Gebiete an Ungarn ab. Die rumänische Revisionspolitik wählte jedoch ein Bündnis mit Deutschland und damit implizit auch mit Ungarn. Die rumänische Revision zielte auf die Sowjetunion und die Juden ab, die Marschall Antonescu für den Verlust der Territorien verantwortlich machte und die man besonders bestialisch umbrachte (Mariana Hausleitner). Umgekehrt war Ungarn kein einfacher Erfüllungsgehilfe Hitlers, auch wenn es von seiner Revisionspolitik profitierte. Admiral Horthy verhinderte bis 1944 die Deportation der ungarischen Juden, die erst nach der deutschen Besetzung des Landes erfolgte (István Deák). Insgesamt behielten die autoritären und faschistischen Bündnispartner der Nazis einen erstaunlich grossen Handlungsspielraum.

Der Unterschied zwischen der Bibliographie und den Länderschwerpunkten der Beiträge deutet schon die Schwachstelle des Bandes an. Die Bündnispolitik der Nazis reichte weiter als hier abgebildet und auch der territoriale Revisionismus. Es fehlen Beiträge zu Finnland, Italien, der Slowakei und besonders Kroatien, einem der engsten Verbündeten mit territorialen Ambitionen. Und es fehlt wenigstens ein Ausblick nach vorn. Denn nach 1945 stehen etwa Ungarn und Rumänien genau wieder da, wo sie 1919 waren. Erst nach 1990 regt sich der territoriale Revisionismus wieder. Sind wir in puncto *Territorial Revisionism* wieder in der Zwischenkriegszeit oder sind wir in der Zeit vor 1914, mit der EU und Brüssel in der Rolle von Österreich-Ungarn und Wien?

Siegfried Weichlein, Fribourg

Robert U. Vogler, Jörg Baumberger, Herbert R. Reginbogin, Jürg Spiller (Hg.), **Financial Markets of Neutral Countries in World War II**, Zürich: NZZ Libro, 2012, 360 Seiten.

Hier gilt es, ein in mancher Hinsicht untypisches Werk anzuzeigen, das dank der Initiative des *Vereins für Finanzgeschichte Schweiz und Fürstentum Liechtenstein* in englischer Sprache in der Schweiz publiziert wurde. Der Sammelband vereinigt insgesamt elf Autoren aus sieben Ländern in der Absicht, verschiedene Aspekte der Finanz- und Wirtschaftsgeschichte neutraler Staaten während des Zweiten Weltkriegs und der vorangehenden Wirtschaftskrise näher zu untersuchen. Bereits aus dem Vorwort und der Einleitung wird klar, dass sich das Buch als Ergänzung versteht zu den Resultaten der sogenannten Bergier-Kommission. Es geht den Herausgebern primär um eine Erweiterung des internationalen Panoramas, um entsprechende Vergleichsmöglichkeiten und um ein besseres Verständnis von wirtschaftlichen Komponenten, die von den Mitarbeitern der Bergier-

Kommission teilweise vernachlässigt worden seien. Dabei wird keinerlei Anspruch erhoben, endgültige Antworten auf eine Reihe von kritischen Fragen zu geben, sondern das Buch versteht sich als «mid-debate contribution to a field of inquiry that deserves a somewhat larger dose of sober attention than it has hitherto attracted» (S. 18).

Damit sind wir gleich schon beim Titel, der eher ein Understatement darstellt. Verschiedene Autoren wollten sich offensichtlich nicht beim eingeschränkten Begriff von «Finanzmärkten» aufhalten, sondern skizzieren eher das gesamtwirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Umfeld jener Jahre in ihren Länderreferaten. Wie in solchen Sammelpublikationen recht häufig, lassen sich unterschiedliche Interpretationsmodelle kaum vermeiden. Das schlägt alles in allem keineswegs negativ zu Buch. Denn wer sich die Mühe nimmt, die Vielfalt der Verhaltensweisen neutraler Staaten unter dem Zeichen der Nazi-Bedrohung, unter Druck und Gegendruck der beiden Kriegsparteien genauer zu analysieren, wird durch das vorgelegte Material nicht enttäuscht werden. Evident ist, dass die neutralen Staaten je nach geografischer Lage und ihren wirtschaftlichen Ressourcen über unterschiedliche und bisweilen nur noch marginale Handlungsspielräume verfügten. Die ausgeprägte Verletzlichkeit der Schweiz und Schwedens gegenüber den Pressionen von Nazi-Deutschland liegt zwar auf der Hand, man vermisst jedoch in diesem Sammelband einen konzisen, zusammenfassenden Vergleich sowohl zwischen diesen beiden Staaten wie auch mit der Gruppe der übrigen Neutralen.

Zu den einzelnen Beiträgen können hier nur einige kurze Hinweise gegeben werden: Jörg Baumberger beschreibt in seinem Einleitungskapitel die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen auf einem hohen wirtschaftswissenschaftlichen Niveau. Die Kenntnis der politischen Entwicklung wird dabei vorausgesetzt. Er weist unter anderem auf die Rolle der Neutralen als wirtschaftliches «Hinterland» der Kriegführenden hin, sei es auf dem Gebiet des Aussenhandels, der Kredite oder wie im Falle der Schweiz auch als Drehpunkt zur Beschaffung von Devisen. Carlos Winograd zeichnet in seinem Kapitel zu Argentinien ein breites Bild der wirtschaftlichen Entwicklung dieses ausgeprägten Immigrationslandes. Besonders aufschlussreich sind die Abschnitte zum Gewicht der ausländischen Investitionen aus Grossbritannien und Deutschland. Die zwangsweise Liquidation des deutschen Besitzes in Argentinien unter dem Druck der Amerikaner am Ende des Krieges bietet einen interessanten Vergleichsfall zur Schweiz.

Nuno Valério geht in seinem Kapitel zu Portugal durchaus auf das Finanzsystem ein, hervorstechend ist jedoch bei Portugal vor allem der beträchtliche Zahlungsbilanzüberschuss in den Jahren 1941 bis 1944, der nur zum kleineren Teil dem deklarierten Exportüberschuss zu verdanken war. Das Anschwellen der «Invisibles» scheint nicht zuletzt auf den «illegalen» Wolfram-Export nach Deutschland zurückzuführen zu sein. Die vom Autor angestellten Überlegungen zum Thema des Finanzflusses Deutschland – Portugal (teilweise über die Schweiz) sind wohl nur den Spezialisten der Materie ganz verständlich. Gemäss Valério hat sich das GDP pro Kopf in Portugal ab 1943 sogar reduziert. Spanien befand sich 1939 nach den Verheerungen des Bürgerkrieges zweifellos in einer besonders unvorteilhaften Position. Dazu beigetragen hatte unter anderem auch die Auslieferung der spanischen Goldreserven seitens der Republik an die Sowjetunion für deren Waffenhilfe während des Krieges. Gabriel Tortella unterstreicht in seinem Bei-

trag zu Spanien die massive Staatsintervention im wirtschaftlichen Bereich im Sinne einer Autarkiepolitik. Das galt auch für das gesamte Finanzsystem. Spanien wurde von Deutschland gemäss Tortella zur Rückzahlung seiner Schulden via Warenlieferungen gezwungen. Auch in Spanien spielte der Wolfram-Export eine wesentliche Rolle, doch auch hier profitierte die breite Bevölkerung kaum von den entsprechenden Erlösen. Der Wiederaufbauprozess erwies sich als ausserordentlich langsam.

Peter Hedberg und Mats Larsson zeigen in ihrem Beitrag die Veränderungen des schwedischen Finanzmarktes und Aussenhandels mit einem wertvollen Rückblick auf die Zwischenkriegszeit. Damals fiel das enorme Klumpen-Risiko im zusammenbrechenden Kreuger-Konzern besonders ins Gewicht. Obschon Hedberg und Larsson keinen expliziten Vergleich mit der Schweiz ziehen, ergibt sich aus ihrem Artikel, dass sich Schweden dank seiner Rohstoffe während des Krieges gegenüber Nazi-Deutschland in einer besseren *Bargaining Position* befand. Die Autoren kommen zum Schluss, dass Deutschland die Schweden nie zu Konzessionen zwingen konnte, die für die schwedische Wirtschaft unvorteilhaft gewesen wären. Schweden wurde gemäss den beiden Autoren von Berlin im Vergleich zu andern Ländern mit «Samthandschuhen» angefasst. Bedeutsam waren im Falle von Schweden insbesondere die langfristigen Auswirkungen der Kriegszeit im Sinne eines Wechsels von einer relativ liberalen Tradition zu einem planungsorientierten Regime mit einem stark regulierten Finanzsektor. In dieser Hinsicht entwickelte sich die Schweiz in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten beinahe in entgegengesetzter Richtung.

Die Verhältnisse in der Schweiz in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg werden durch Joseph Jung, Dozent an der Universität Fribourg und langjähriger Mitarbeiter der Credit Suisse Group, für das Bankwesen präzise und nüchtern dargestellt. Der internationale Bezugsrahmen zeigt gemäss Jung, dass die Schweizer Banken bei weitem nicht jene Rolle gespielt haben, die in den Polemiken der 1990er Jahre masslos überzeichnet wurde. Der Autor weist zum Beispiel zu Recht auf den massiven Abbau der schweizerischen Bankkredite an Nazi-Deutschland hin, der vor allem für die Grossbanken mit beträchtlichen Verlusten verbunden war. Von zentraler Bedeutung sei ausserdem die Verlagerung der ausländischen Aktiven und Wertschriftenbestände in die Vereinigten Staaten gewesen. Die Schweiz war spätestens von 1938 an kein *Safe Haven* mehr. Joseph Jung geht im Übrigen mit einigen Interpretationen der Bergier-Kommission ziemlich scharf ins Gericht. Thomas Sieber von der Baloise Group setzt sich detailliert mit der Tätigkeit der schweizerischen Lebensversicherungs-Gesellschaften in Deutschland auseinander. Das Dilemma der Auslandsniederlassungen unter der Nazi-Herrschaft wird überzeugend dargestellt. In den Beiträgen von Jung und Sieber wird ein anderer Blickwinkel als in den einschlägigen Bänden der Bergier-Kommission sichtbar. Das kann die Diskussion – falls sie jemals noch stattfinden sollte – nur befruchten. Den Abschluss des Bandes bilden die Artikel von Oner Güncavdi und Ertugrul Tokdemir über die komplexe Lage der Türkei sowie von Herbert R. Reginbogin zum zwiespältigen Verhalten der Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs im Bereich der undogmatisch ausgeübten «Neutralität» und der entsprechend eigenmächtig-machtpolitischen *Freezing-Gesetzgebung*.

Willi Loepfe, St. Gallen

Line Rennwald, **Partis socialistes et classe ouvrière. Ruptures et continuités du lien électoral en Suisse, en Autriche, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en France (1970–2008)**, Neuchâtel: Editions Alphil – Presses universitaires suisses, 2015, 307 Seiten.

Das anzuzeigende Buch beruht auf einer an der Universität Genf eingereichten politikwissenschaftlichen Dissertation und setzt sich wahlsoziologisch mit Bedeutung und Wandel des Konnexes zwischen Arbeiterschaft und sozialdemokratischen Parteien in fünf europäischen Ländern auseinander. Dabei werden im Wesentlichen Ergebnisse von Nachwahlbefragungen der 1970er und der 2000er Jahre herangezogen, für einzelne Länder und Aspekte auch der 1980er und 1990er Jahre. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass die einstmals feste Wählerbasis der sozialdemokratischen Parteien in der Arbeiterschaft gegen Ende des 20. Jahrhunderts erodiert ist. Besonders ausgeprägt ist dieser Trend in der Schweiz: Wählten 1975 42 Prozent der Arbeiter sozialdemokratisch, so waren es 2007 nur noch 16 Prozent. 1975 kamen 44 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen aus der Arbeiterschaft, 2007 aber nur noch 19 Prozent. Die entscheidende Zeitperiode für diese Transformation sind die 1990er Jahre.

Die Konturen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Prozesse in der Schweiz, Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich unterzieht die Verfasserin einer detaillierten statistischen Analyse, wobei sie nationale Spezifitäten wie den Umstand, dass in Frankreich traditionellerweise nicht die Sozialisten, sondern die Kommunisten die von der Arbeiterschaft präferierte Partei waren, oder das vorsintflutliche britische Wahlsystem von Beginn weg berücksichtigt. Etwas unterbelichtet bleibt demgegenüber die Gender-Frage, die angesichts aktueller Diskussionen über die Anfälligkeit «zorniger Männer» aus den unteren Schichten für rechtspopulistische Parolen zusätzlicher Erörterungen wert gewesen wäre. Die komparativ getesteten Hypothesen beziehen sich sowohl auf die «Nachfrageseite», also das Elektorat und den gesellschaftlichen Strukturwandel, als auch auf die «Angebotsseite» – Veränderungen im Parteiensystem mit dem Aufkommen von linker beziehungsweise grüner und rechtsradikaler Konkurrenz, Veränderung der sozialdemokratischen Programmatik und Veränderung der im Wahlkampf dominanten Themenfelder.

Rennwalds detaillierte und luzide Analysen machen deutlich, dass sich die Umschichtung der sozialdemokratischen Wählerschaft und das geänderte Wahlverhalten der schrumpfenden und zu immer grösseren Teilen – aufgrund fehlenden Bürgerrechts – nicht wahlberechtigten Arbeiterschaft einer simplen Erklärung entziehen. Die Hauptgründe sieht die Verfasserin auf der «Angebotsseite»: Grundsätzlich hätten sich die materiellen Interessengegensätze zwischen der Arbeiterschaft und den gehobenen Gesellschaftsschichten nicht verändert, jedoch hätten Veränderungen des parteipolitischen und programmatischen Angebots zu geänderten Wahlpräferenzen der Arbeiterschaft geführt. Namentlich genannt wird die wirtschaftspolitische Annäherung an die bürgerliche Hauptkonkurrenz im Bestreben, Wähler des politischen Zentrums zu gewinnen. Dies war etwa der Fall bei Tony Blairs «New Labour» oder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) unter Gerhard Schröder, die eine pointiert neoliberale Wirtschaftspolitik betrieben.

Gerade für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), deren Verlust von Arbeiterstimmen am massivsten war, trifft dies aber überhaupt nicht zu. Hier identifiziert die Autorin die Dominanz nicht-wirtschaftlicher *Issues* in den Wahl-

kämpfen als Hauptpunkt. Mit postmaterialistischen Themen wie Ökologie oder Geschlechtergleichstellung im Zentrum ihrer Kampagnen mobilisierte die SPS zusätzliche Stimmen aus der Mittelschichtgruppe der «soziokulturellen Spezialisten», bei der sie im internationalen Vergleich bereits in den 1970er Jahren überdurchschnittlich stark war. Ihre ausgeprägt linken sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen wurden dagegen von der Arbeiterschaft und hier insbesondere den nicht gewerkschaftlich Organisierten wenig beachtet, was zu einer Abwanderung vieler dieser Stimmen nach rechts aussen führte – paradoxerweise zu einer Partei mit im internationalen Vergleich ausgeprägt neoliberaler und antisozialstaatlicher Programmatik, die diese jedoch in ihrer Wahlpropaganda hinter immigrations- und aussenpolitischen Themen zu verbergen pflegt(e). Insofern handelte es sich nicht zuletzt um ein Problem des *Agenda Setting*, bei dem die SPS allzu oft als Getriebene der politischen Konkurrenz erscheint.

Insgesamt hat die Verfasserin eine methodisch überzeugende Studie von hoher Gegenwartsrelevanz vorgelegt. Die konsequent international vergleichende Perspektive bewahrt vor verkürzten Interpretationsmustern. Eine etwas intensivere Diskussion bei den nationalen Eigenheiten hätte der Einfluss der direktdemokratischen Mechanismen auf das Wahlverhalten der Schweizer Arbeiterschaft verdient, die es beispielsweise ermöglichen, bei den Wahlen Rechtsaussen, bei sozialpolitischen Sachabstimmungen aber die Linke zu unterstützen. Auch wäre es vor dem Hintergrund der dargelegten Befunde interessant zu analysieren, warum «traditionalistische» linke Alternativen zur Sozialdemokratie bislang in den untersuchten Ländern entweder nicht existieren oder eher geringen Erfolg hatten: Die deutsche Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) existierte als eigenständige Formation nur kurze Zeit und die Demokratisch-Sozialen Parteien in einigen Schweizer Kantonen sind in den vergangenen Jahren wieder verschwunden. Dieses Phänomen ebenso wie das Paradox der Arbeiterstimmen für pointiert sozialstaatsfeindliche Parteien wären weitere Untersuchungen im Anschluss an Rennwalds hervorragende Studie wert.

Christian Koller, Zürich

Alban Frei, Hannes Mangold (Hg.), **Das Personal der Postmoderne. Inventur einer Epoche**, Bielefeld: transcript, 2015, 250 Seiten.

Anders als die unzähligen Sammelbände, die auf Konferenzen oder Vorlesungsreihen zurückgehen und heterogene Beiträge zwischen zwei Buchdeckeln zusammenführen, offenbar ohne sich um deren Kohärenz zu bemühen, verfolgt der anzuzeigende Band eine klare und gute Idee. Die Herausgeber, die beide Doktoranden an der Professur für Technikgeschichte an der ETH Zürich sind, wollen gemeinsam mit den Beiträgerinnen und Beiträgern die kulturelle Formation der Postmoderne über ihr Personal skizzieren. Das heisst, sie untersuchen in begrifflicher Anlehnung an das antike Theater «spezifische und charakteristische Masken, die auf der postmodernen Bühne auf- und zuweilen wieder abtraten» und zwar vor allem solche, die «nicht nur von der Postmoderne geprägt wurden, sondern diese auch selbst prägten.» (S. 9) Daher wird der Begriff der Postmoderne eingangs nicht klar definiert, sondern er soll vielmehr durch die genauen Schilderungen der sie proklamierenden und konstituierenden Figuren elaboriert werden. Dass dies nur in Ansätzen gelingt, auch weil ein die Personalstruktur zusammenfassendes Fazit fehlt und vor allem nicht klar wird, ob es sich bei der Postmoderne um eine abgeschlossene oder eine noch andauernde Epoche handelt, ist kein

wesentlicher Einwand gegen den Band, dessen Beiträge mehrheitlich durch Ideenreichtum und gute Lesbarkeit bestechen.



Die siebzehn Personenskizzen gruppieren sich um verschiedene Handlungsfelder: die aufsteigende Computerisierung (Programmierer, User, Cyborg, Blogger, wobei letzterem nur ein Brief von Michael Hagner gewidmet ist, der erläutert, warum er keinen Beitrag über den Blogger verfassen konnte); Gewalt und Sicherheit (Stadtguerilla, Fachoffizier, Globalisierungskritiker_in, Security Contractor); Wirtschaft (Bildungsökonom, Coach, Steuerexperte, Raider); Wissenschaft und Kultur (Sampler, Postkolonialistin, Wissenschaftshistoriker, Kuratorin, Wissenschaftsmanagerin). Bei den meisten dieser Personen ist der Bezug auf ein postmodernes Verständnis von Subjektivität, Wissen und kultureller Produktion deutlich belegt. Karin Harrasser zeigt, wie die Cyborg Grenzen von Mensch und Technik überschritt und damit Vorstellungen personaler Identität ins Wanken brachte. Ähnlich argumentiert Florian Kappeler für den fiktiven Zapatisten Subcommandante Insurgente Marcos, während der Beitrag von Max Stadler zeigt, wie in der Figur des Users klassische soziale Distinktionskriterien eingeebnet wurden. Auf der Ebene der kulturellen Produktion steht der von Benedikt Sartorius vorgestellte Sampler für den spielerischen Umgang mit Sinnzusammenhängen, ihre Re- und Neukonfiguration, der zugleich Fragen künstlerischen und intellektuellen Eigentums aufwarf. Genauso indiziert der Aufstieg der Kuratorin für Gioia Dal Molin die Verschiebung der Macht über die Präsentation und von Kunstwerken von den Künstlerinnen und Künstlern zu den Ausstellungsmachern, wodurch sich seit den 1960er das künstlerische Feld verändert habe. Ganz ähnlich interpretiert Alban Frei die Wissenschaftsmanagerin, die Güter, an deren Produktion sie selbst nicht beteiligt ist, nach ökonomischen Kriterien verwaltet, als spezifisch postmodern. Eindeutig im Bereich der Postmoderne anzusiedeln ist auch der von Florian Schmitz leider vor allem auf der Basis seiner filmischen Repräsentationen porträtierte Security Contractor, der in der Diskussion über die sogenannten neuen Kriege immer wieder als Indiz für ein angeblich erodierendes staatliches Gewaltmonopol herhalten musste. Ähnlich charakteristisch ist auch der Steuerexperte, kenntnisreich und differenziert vorgestellt von Gisela Hürlimann, der in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft Wissen darüber bereitstellt, wie Steuern vermieden oder wie optimale Steuererträge erzielt werden können.

Bei anderen Figuren ist der Bezug zur Postmoderne hingegen weniger klar. Brigitta Bernets instruktiver Beitrag über den Coach wirft etwa die Frage auf, inwiefern die Übertragung von Trainingsprogrammen in alle Bereiche der Persönlichkeitsoptimierung nicht gerade von einer noch immer verbreiteten Vorstellung des sich selbst transparenten und daher auch durch sich selbst zu optimierenden Subjekts ausgeht. Die Stadtguerilla, der sich Hannes Mangold widmet, kämpfte zwar den «kleinen Krieg» aber doch im Zeichen der Aufklärung und Emanzipation und im sicheren Bewusstsein, im Besitz der moralischen und intellektuellen Wahrheit zu sein. Desgleichen erscheint der Bildungsökonom, den Michael Geiss vor allem an Friedrich Edding exemplifiziert, eher als Gesellschaftsplaner im Geiste der klassischen Moderne denn als Figur der Postmoderne. Auch David Gugerli lässt den Programmierer zunächst als Kontrollfanatiker erscheinen, der sich kaum von früheren Technikern unterschieden habe, um dann aber doch herauszuarbeiten, wie er immer wieder rekonfiguriert wurde.

Da die Herausgeber selbst auf die Selektivität und Ergänzungsbedürftigkeit ihres Personaltableaus verweisen, ist es wohlfeil ihnen vorzuwerfen, dass die eine

oder andere Figur besser geeignet gewesen wäre, die kulturelle Figuration der Postmoderne zu erhellen. Nichtsdestoweniger drängt sich bei der Lektüre von Simone De Angelis stark autobiographisch und in der ersten Person Singular gehaltenem Beitrag über den «Wissenschaftshistoriker» die Frage auf, ob die Figur des Kulturwissenschaftlers nicht besser geeignet gewesen wäre, die Destabilisierung der Geisteswissenschaften seit den 1980er Jahren zu verdeutlichen. Statt Fermin Suters Literaturbericht über die postkoloniale Theoretikerin wäre ebenfalls ein allgemeinerer Text über die Figur des postmodernen Theoretikers, der seit den 1970er Jahren einen ganz eigenen (anti-)akademischen Habitus entwickelte, gewinnbringender gewesen. Andere zentrale Figuren fehlen ganz, so zum Beispiel der Reproduktionsmediziner, der die Erzeugung menschlichen Lebens technisch immer verfügbarer machte, der von Stephen Shapin geschilderte Entrepreneurial Scientist, dessen akademische Forschung zur Gründung kommerziell erfolgreicher Firmen führen soll, der Unternehmer der New Economy oder der Zeitarbeiter, die beide auf verschiedene Weisen den Wechselfällen einer globalisierten Ökonomie unterworfen sind, oder die Medienakteure und Reality TV Stars, die das mediale Ensemble signifikant erweiterten. Alles in allem ist es aber weniger ein Fehler des Bandes, das Personal der Postmoderne nicht erschöpfend behandelt, sondern vielmehr sein grosses Verdienst, das Nachdenken und die Diskussion über eben dieses und die grundsätzliche Möglichkeit einer personalen Epochenkonfiguration angestossen zu haben.

Rüdiger Graf, Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam

		KLIO Buchhandlung und Antiquariat von der Crone, Heiniger Linow & Co.
Wissenschaftliche Buchhandlung mit umfangreichem Sortiment und fachspezifischen Dienstleistungen		Geschichte
Buchhändlerisch und wissenschaftlich ausgebildetes Personal		Philosophie
Eigene Neuheitenkataloge		Germanistik
An- und Verkauf antiquarischer Bücher		Alte Sprachen
		Soziologie
		Politologie
		Ethnologie
		Theologie
		Kommunikation
		Belletristik
KLIO Buchhandlung Zähringerstrasse 45 CH-8001 Zürich Tel. 044 251 42 12	KLIO Antiquariat Zähringerstrasse 41 CH-8001 Zürich Tel. 044 251 86 10	
www.klio-buch.ch		